

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
 erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei
 in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,25 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer
 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer
 Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnemem 4 Mark pro Quartal.
 (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892.)
 Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
 beträgt für die 4 gespaltenen Zeilen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-
 Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW,
 Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.
 Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an
 Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Bismarckstraße 44.

Eine Kapitalisten-Versammlung.

Die Kommission, welche in diesem Sommer von deut-
 schen Industrievereinen abgeschickt wurde, um die englischen
 Arbeiter-Verhältnisse kennen zu lernen, hat eine große An-
 zahl Unternehmer, Sekretäre von Unternehmerverbänden und
 Vertreter von Trades-Unions aufgesucht, und sie über die
 Wirklungen der Arbeiterorganisationen, die Streiks und die
 gütliche Beilegung derselben befragt. Es ist nunmehr aus
 den verschiedenen von der Kommission nach Haus gesendeten
 Berichten, die unser Blatt zum Theil veröffentlichte, konnte,
 ein Auszug fertiggestellt, der einer von den industriellen
 Auftraggebern im Dezember vorigen Jahres einberufenen
 Versammlung vorgelegt wurde und vor einigen Tagen im
 Druck erschien. Wir kommen auf den Inhalt, welcher inter-
 essante Aufschlüsse über das Wesen der Trades-Unions
 und die Stellung der englischen Unternehmer ihnen
 sowohl wie dem Sozialismus gegenüber giebt, an
 dieser Stelle noch einmal zurück, heute haben wir es
 nur mit einzelnen, aber für den kapitalistischen Klassen-
 geist höchst bezeichnenden Aeußerungen zu thun durch
 welche die Sprecher jener Versammlung — die Reden sind
 als Anhang des Berichts abgedruckt — ihren Herzen Luft
 machten.

Herr Beumer, der Verfasser des Auszuges, hatte auf
 Grund der Einzelberichte nicht verschweigen können, daß in
 England die Unternehmer mit den Vertretern der Arbeiter-
 verbände auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung
 bei Streikfällen verhandeln, und daß dieser Zu-
 stand des friedlichen Vorkommens, weil er den Aus-
 wänden in vielen Fällen vorbeugt, von den Fabrikanten
 selbst als günstig anerkannt wird. Bekanntlich widerspricht
 aber eine solche Auffassung, wie die Grubenstreiks gezeigt
 haben, dem feudalen Sinne unserer Großindustriellen ganz
 und gar. Daß der Arbeiter Vereine zur Wahrung seiner
 wirtschaftlichen Interessen besitzen soll, und daß die Herren
 Fabrikanten mit den Vertretern derartiger Organisationen
 sich zu vergleichen haben, erscheint ihnen schon als halbe
 Sozialdemokratie. Das Urtheil der englischen und deut-
 schen Unternehmerklasse steht also in schroffem Gegensatz zu
 einander, während jene ihr Interesse durch Arbeiterverbände
 gefördert, wenigstens nicht gehindert glaubt, sieht diese in
 allen solchen Bewegungen nur ein unerlaubtes und höchst
 schädliches Aufbegehren Derer, die von Rechtswegen nichts
 als Untergebene sein sollten.

Herr Beumer hat nun ein vortreffliches Auskunfts-
 mittel gefunden, um gleichzeitig beiden, den englischen wie
 den deutschen Fabrikanten Recht zu geben, und so das viel-
 leicht etwas aus dem Gleichgewicht gebrachte Gewissen dieser
 wieder hübsch zu beruhigen. Daß in England der Kapi-
 talist mit den Arbeitern auf dem Fuße völliger Gleichbe-

rechtigung verkehren kann, kommt seiner Meinung nach da-
 her, — daß der englische Arbeiter mehr „reasonable“, vernünftiger
 ist als sein deutscher Kollege, „daß mit anderen Worten bei dem dortigen Arbeiter bezw.
 seinen Führern die Nothwendigkeit des Zusammen-
 gehens von Kapital und Arbeit klar erkannt und aner-
 kannt wird.“ Die Lohnforderungen, das behaupten die
 Vertreter der englischen Gewerkschaften selbst, mühten sich in
 solchen Grenzen halten, daß der Kapitalist dabei gut zu be-
 stehen vermag. Wäre das nicht der Fall, so trete Bankrott
 und Rückgang des Geldes aus der überlasteten Branche ein,
 und die Arbeiter, welche mehr Lohn gefordert hätten, ver-
 lören nun sogar ihre Stellung.

Sei den „Arbeitnehmern“ eine behagliche, den Ver-
 hältnissen entsprechende Existenz gesichert, so könne der „Ar-
 beitgeber“ ruhig soviel Gewinne machen, als nur möglich,
 denn durch seinen Profit werde die Arbeit wieder befruchtet.
 „Solche gesunden Ansichten, sagt Herr Beumer, fanden wir
 bei den gemäßigten Arbeiterführern durchweg, und Sie
 werden mir zugestehen, daß wir ein solches Material von
 Arbeitern in Deutschland zur Zeit noch nicht haben, daß im
 Gegentheil die Führer der Arbeiter zur Zeit eine so feind-
 selige Stellung gegen das Kapital zur Schau tragen und
 zum Ausdruck bringen, daß schon aus diesem Grunde ein
 Verkehr mit ihnen auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung
 unmöglich erscheint.“

Man bewundere die Logik! Weil die englischen Ar-
 beiter noch vielfach in dem abgestandenen Glauben leben,
 eine andere als die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung
 sei überhaupt nicht denkbar, und weil sie von dieser Vor-
 aussetzung ausgehend, der Profit als etwas Ewiges, Natür-
 liches, Unangreifbares betrachten müssen, durch dessen Ver-
 nichtung der ganze übrige wirtschaftliche Mechanismus mit
 zerstört würde, deshalb — kann man mit ihnen, aber nicht
 mit den ungläubigen deutschen Arbeitern „auf dem Fuße
 völliger Gleichberechtigung verkehren.“

Die deutschen Arbeiter sind sozialdemokratisch, also un-
 gebildet, also kann man mit ihren Vertretern bei Streit-
 fällen nicht verhandeln! Bravo!

Oder meint Herr Beumer vielleicht gar, daß die Höhe
 der Lohnforderungen von den sozialdemokratischen oder man-
 chesterlichen Ansichten der Proletarier abhängig, daß die
 deutschen Arbeiter wegen ihrer sozialistischen Gesinnung bei
 Streikfällen mehr als die Trades-Unions-Leute verlangen? Beide
 nehmen offenbar soviel, als sie im wirtschaftlichen Kampf
 erlangen können; die triviale Weisheit, daß so lange das
 kapitalistische System besteht, der Lohn niemals so hoch
 steigen kann, bis er den Profit verschlingt, weil damit über-
 haupt im kapitalistischen System jeder Anreiz zur Produktion
 verloren ginge, ist natürlich auch den Sozialdemokraten ge-
 läufig, es wird ihnen nicht einfallen, darum weil sie das be-
 stehende System ändern wollen, innerhalb desselben mehr er-
 zeichnen zu wollen, als es der Mechanismus desselben zuläßt.

Ihre Lohnbewegung unterscheidet sich also gar nicht von der
 Bewegung sozialistisch ungeschulter Arbeitermassen, aber alles
 das hilft nichts, der „gesunde Sinn“ fehlt ihnen nun ein-
 mal, und da ist es den wohlwollenden deutschen Kapitalisten
 ganz und gar unmöglich, mit ihnen als Gleichberechtigten zu
 verkehren. Wie unendlich gut würden es doch die Arbeiter
 bei uns haben, wie würde man sie mit Zuverlässigkeiten
 überhäufen, wenn nur die leidige Sozialdemokratie nicht
 immer dazwischen käme! Sie ist an Allem Schuld, sie ist
 der einzige Feind der Arbeiter.

Ebenso wenig wie die deutschen Fabrikanten sich nach
 dem Verhalten ihrer englischen Kollegen richten können wegen
 der bedauerlichen Unbildung des sozialistischen deutschen
 Arbeiters, ebenso wenig darf dieser die höheren Löhne des
 englischen Arbeitsbruders zum Muster nehmen. Denn der
 Deutsche erfreut sich dafür der Vortheile der Kranken-, Un-
 fall- und Invalidenversicherung, der Invalidenversicherung. Leider
 haben aber gewissenlose Kritiker ausgerechnet, daß im
 günstigsten Falle durch diese Sozialreform auf den Kopf
 des versicherten Arbeiters jährlich 12 Mark ent-
 fallen, die nicht aus seiner eigenen Tasche gezahlt sind.
 Darnach würde die Lohnerhöhung des deutschen Arbeiters
 durch die Sozialreform 1 M. pro Monat betragen und das
 soll ihn über die Niedrigkeit seines Einkommens im Ver-
 hältniß zu dem englischen Arbeiter-Einkommen trösten!
 Glaubt man durch solche Finten Eindruck zu machen? Daß
 die Lebenshaltung in England theurer sei und so den hohen
 Stand der Löhne begründe, wurde ebenfalls angeführt, um
 den billig laufenden deutschen Proletarier zur Zufriedenheit
 zu mahnen. Doch fanden diese Bemerkungen in der Ver-
 sammlung selbst Widerspruch: die Nahrungsmittel seien —
 das wurde behauptet — in England billiger als bei uns.
 Als Ursache wurde die große amerikanische Einfuhr ange-
 führt, über den Schutz Zoll dagegen, der doch in erster
 Reihe das Brot des deutschen Arbeiters verteuert, herrschte
 anglisches Stillschweigen. Die Herren Anführer vom
 landwirtschaftlichen Großkapital haben kein einziges, un-
 freundliches Wortlein zu hören bekommen. Sehr bezeich-
 nend! Die Hauptsache ist, daß die englischen Verhältnisse,
 sowohl die soziale Anerkennung der Trades-Unions, als die
 Höhe der Löhne, für unser theueres deutsches Vaterland
 nicht passen.

Immerhin herrschte eine gewisse Leisetreterei in allen
 Ausführungen, bis am Schlusse der Versammlung sich ihr
 wahrer Geist in einem heftigen Beateergewitter entlud. Herr
 Fabrikbesitzer Walter Caron ergriff das Wort. Mit schwei-
 gender Befriedigung zeichnen wir seine Sprüche auf, die in
 so schlichter Einfachheit den Glauben des Kapitals an
 seine eigene Größe und heilige Naturnothwendigkeit zum
 Ausdruck bringen. Der Prophet spricht also: „Ich nenne
 diejenigen Bestrebungen der arbeitenden Klassen sozialistisch,
 welche sich darauf richten, das Schwerkriegs des wirth-
 schaftlichen Lebens von der Seite des Kapitals soweit nach

Feuilleton.

Der Winterabend.

Novelle von Elise Orzeszko.

Kulturkritik Uebersetzung aus dem Polnischen von C. Kanemann.

„Man hat an sämtliche Gouverneure und Polizeimeister,
 wie auch an alle Stadt- und Gemeindevorstände geschrieben,
 wie der Entsprungene aussehe, damit ein Jeder ihn leicht
 erkenne. Mittlerweile war der Unhold verschwunden wie
 ein Stein im Wasser. Alle Nachforschungen waren erfolg-
 los geblieben, jedes Suchen nach ihm umsonst; jetzt endlich
 im vierten Jahre ist man dem Spitzbuben — die Wölfe
 mögen ihn fressen! — hier auf der Spur . . .“

„Herr Gott!“ schrie hinter dem Spinnrad Hanulla auf,
 die Wirthin löste die Arme und vor Schreck öffnete sich ihr
 spärner rother Mund zum ersten Male.

„Wo hat man ihn aufgespürt?“ forschte Mikula
 weiter, „hier bei uns? Albernes Gerede! Das glaubt ein
 Lämmler!“

„Bei Gott, Vater! Meiner Treu!“ behauptete der Er-
 zähler gereizt und schwang zur Bekräftigung seiner Worte
 die Peitsche in der Luft. „Der Schlag soll mich rühren,
 wenn ich läge . . . Hier, bei uns hat man seine Spur ge-
 funden . . . Zwei Meilen von hier lebte er in einer Fabrik
 als Arbeiter mit nachgemachtem Paß . . . Man leitete die
 Verfolgung ordentlich ein, schon gedachte man ihn festzu-
 nehmen, als er abermals verschwand. Dumm ist die Bestie
 nicht! Er machte sich schleunigst über alle Berge . . .“

„Er lachte allein, denn alle andern schwiegen. Mikula
 runzelte die Stirn.“

„Und lägst Du nicht, Alexy?“ fragte er. „Daß Du

nicht ein Märchen erdichtet, um die Weiber damit zu
 schrecken? Gedenkst Du vielleicht dem Vater einen Bären
 aufzubinden?“

Einen heuen Blick auf den Alten werfend, erwiderte
 der junge Bauer mit beleidigtem Stolz:

„Lüge ich, so läßt auch der Gemeindefreiber. Was
 ich über die Angelegenheit erfährt und weiß, habe ich von
 ihm. Seeben ist ein Schreiben auf der Kanzlei eingelaufen,
 wonach Bonk den Augenblick noch hier gewesen sein muß.
 Er kann noch nicht so weit weg sein. Man solle Alles
 daran setzen, ihn aufzugreifen, heißt es in dem Briefe.“

„Daß man auch eine Photographie hergeschickt?“ fragte
 der Fabrikbesitzer. Alexy zuckte verächtlich die Achseln.

„Solche Gallunten photographirt man nicht, die werden
 von andern gezeichnet . . . Fahndet nach ihm, sagte der
 Schreiber, sucht ihn um Dimmels willen, sonst kann noch
 Unglück über uns Alle, über die ganze Welt her-
 einbrechen . . . Raubmord, sagte er, Diebstahl und
 Milderung werden an der Tagesordnung sein. Alles
 ist möglich. Gelingt es, ihm zu fassen, so werfen wir ihn
 in einen eisernen Käfig, so sagte der Schreiber, und diesmal
 bleibt es nicht bei hundert Fiebern, wie das erste Mal, zwei-
 hundert wird man ihm aufmessen, damit ihm fürder die Luft
 zur Flucht vergeht. In Ketten werden wir ihn legen, mit
 Ketten wird er an die Kellerwand geschmiedet, bis er
 drauf geht . . . Ja, so halten wir es jetzt mit dem
 Hund!“

Niemand rührte sich, Niemand wagte das Schweigen zu
 unterbrechen. Es war, als schreite durch die menschenge-
 füllte Stube ein scheußliches Gespenst, mit blutig gepreßtem
 Rücken.

Endlich erhob sich Mikula; er schlug einige Male mit
 der Peitsche gegen den Tischrand, klopfte die Asche aus und
 sprach, feierlich nach dem Gelde greifend, das der Sohn bei
 der Heimkehr auf den Tisch gelegt:

„Nur gerecht! so muß man mit allen Galgenvögeln

verfahren. Fremdes Eigenthum darf nicht berührt, unschul-
 diges Blut nicht vergossen werden; denn das hat uns
 Gott der Allerhöchste verboten, und alle Unschuldigen sollen vor
 Ungerechtigkeit geschützt sein . . . Gerecht!“ — wiederholte
 er laut und steckte einige zerknitterte Banknoten in den
 Brustbeutel des Hemdes ein und ließ seinen Blick, der in
 diesem Augenblick einen strengen und harten Ausdruck an-
 nahm, von einem zum andern, von den Söhnen zu den
 Nichten, dann zur Tochter und zu den Enkeln schweifen.
 Tiefe Falten lagerten auf seiner breiten Stirn, aus seinem
 ganzen Wesen war zu lesen, daß er, wenn irgend Einer
 unter denen, die er musterte, eine schlimme That einschlagen
 sollte, fürchterlich Gericht halten würde.

„Gerecht!“ wiederholte er und griff nach dem Tabak-
 beutel.

Alle schwiegen. Sie wußten wohl, daß jedesmal, wenn
 der Alte dieses Wort gebrauchte, keine Einrede geduldet wurde.
 Alexy lehnte die Peitsche an die Wand, näherte sich der Frau
 und streichelte, sich zu ihr neigend, mit der linken Hand lieb-
 losend ihren Hals und ihre Schultern, während er leise mit
 dem Zeigefinger der Rechten über das Antlitz des
 eingeschlummerten Kindes fuhr. Der Fabrikbesitzer ließ wieder
 den Hohl über den Eggenzahn gleiten; das Spinnrad
 Hanulla's begann zu surren. Die Wirthin trat an den
 Herd, von dem sie einen Löffel mit kochendem Wasser holte.
 Die Thüre ging auf, in die Stube stürzte zuerst mit
 lautem Gekill und Knurren ein zottiger Schäferhund, und
 gleich darauf ertönte von der Schwelle ein Gruß.

„Gelobt sei Jesus Christus!“

Die Stimme war tief, heiser und man fühlte aus ihr
 den beschleunigten Athemzug heraus.

„In Ewigkeit! Hecce!“ lautete die einstimmige Ant-
 wort der Anwesenden. Mikula richtete, die Augen mit der
 Handfläche beschattend, den Blick der Thüre zu, die Wirthin
 wandte sich vom Feuer ab, der Hohl des Fabrikbesitzer und
 das Spinnrad Hanulla's ruhten von Neuem.

links herüber zu schieben, daß der ausschlaggebende Schwerpunkt, das Uebergewicht, mit einem Worte, die Macht, auf Seiten der arbeitenden Klassen liegt. Daß das ein unsinniges und absolut unberechtigtes Bestreben und Beginnen ist, wenn die arbeitenden Klassen durch den Druck ihrer Zahl versuchen, diejenige führende Stellung einzunehmen, welche unbedingte und zu allen Zeiten dem Kapital gebührt, weil das Kapital allein im wirtschaftlichen Leben Risiko läuft, das brauche ich nicht auszuführen."

Der Arbeiter kann zu Grunde gehen, wenn er keine Arbeit findet, er riskirt seine Haut bei jeder Ueberproduktion. Aber Haut ist nicht Geld, und der Kapitalist dagegen riskirt Geld, und das ist ein größerer Einfluß, der ein Anrecht auf Alles giebt. Ein gütiges Geschick sorgt überdies dafür, daß nur der einzelne Kapitalist nicht die Kapitalistenklasse, welche Jahr für Jahr ihre Gelder anschwemmen sieht, etwas verlieren kann.

Schön ist Mutter Natur, Deiner Erfindung Pracht!
Das Herz des Herrn Baron überströmte von Enthusiasmus. Nachdem er die Gefahren jeder gewerkschaftlichen Bewegung geschildert hat, erhebt sich sein Geist zu den lichten Höhen des tragischen Pathos: „Ich denke, meine Herren, in so tief einschneidenden Fragen und bei so brennenden Gefahren kann die deutsche Industrie nichts anderes als ein einzig Volk von Brüdern sein. Wir arbeiten, wenn wir zusammenstehen und zusammengehen, nicht in erster Linie für unsere Lebensinteressen, wir arbeiten in erster Linie für das Wohl des Staates. Das Wohlergehen des Staates beruht wesentlich auf seinem wirtschaftlichen Wohlergehen, und die Arbeiterheere, wenn sie sich gegen die natürliche Ordnung der Dinge wenden und diese stürzen wollen, sind wohl im Stande, die Grundfesten des Staates zu erschüttern.

Darum, meine Herren, lassen Sie uns einig sein und bleiben, das wird unserm geliebten Vaterlande zum Segen gereichen."

Amen!
Eine Thräne der Rührung erglänzte in unserem Auge, als wir diese erschütternden Worte lasen. Belehrt Euch, Arbeiter, belehrt Euch!

Der Landtag

ist gestern mit folgender Thronrede eröffnet worden:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Se. Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, den Landtag der Monarchie zu begrüßen und auch an dieser Stelle Allerhöchstem Danke für die mannigfachen Beweise der Ergebenheit und Treue Ausdruck zu geben, welche Se. Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin in verschiedenen Provinzen neuerdings entgegengebracht sind.

Se. Majestät halten sich versichert, daß die tiefe Trauer, in welche Allerhöchstdieselben und das königliche Haus durch das Hinscheiden Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Augusta versetzt worden sind, im ganzen Lande mitempfunden und daß das Andenken an die hohe Frau und an ihre segensreiche Thätigkeit auf dem Gebiete der Nächstenliebe im Bewußtsein des Volkes fortleben wird.

Die Finanzlage des Staates ist nach dem Abschluß des letzten und den bisherigen Ergebnissen des laufenden Rechnungsjahres wiederum eine günstige.

Die über die Voranschläge hinausgehenden Einnahmen wichtiger Verwaltungsweize sind in gleicher Höhe für die nächsten Jahre nicht zu erwarten, während eine Verminderung des Ausgabebedarfes fast nirgends, ein weiteres notwendiges Wachsen desselben dagegen an zahlreichen Stellen im Ausmaß steht. Schon für das nächste Jahr wird eine erhebliche Steigerung des Materialbedarfes für das Reich vorzusehen sein.

Die Gunst der heutigen Lage entbindet deshalb nicht davon, durch vermehrte Tilgung der Staatsschuld die Zukunft thunlichst zu entlasten und erhöhte Vorsicht in neuer Belastung derselben zu üben.

Unter Ihrer bereitwilligsten Mitwirkung sind in den letzten Jahren Verbesserungen der Beamtenbefolgungen durchgeführt, welche zwar erfreuliche und wertvolle Ansätze zu

„Herr Wirth und Frau Wirthin!“ sprach die rauhe, heisere Stimme auf der Schwelle, „ein Wanderer bin ich und bitte um Eure Gastfreundschaft. Erlaubt, daß ich ein Stündchen in der Stube raste. Wie ich durchwärmt bin, ziehe ich von dannen, ohne Euch zu belästigen. . . .“
„Seid willkommen! tretet immer ein!“ gab der Alte zur Antwort.

„Na, kommt und märt mich! Warum denn nicht?“ lud höflich die Wirthin ein. In das Licht des Herdfeuers trat ein hoher, breitschultriger, doch stark abgemagerter, heruntergekommener Mann. Sein ziemlich schäbiger Anzug bestand aus einem feinem, am rechten Ellbogen weit aufgerissenen Rock, aus hohen Stiefeln und groben tuchernen Beinkleidern, die in die Stiefelschäfte eingeschoben waren. Seine Stirn war hoch; rötlichblonde Haarlocken umkränzten die Glaxe, ein rötlicher Schnurrbart beschattete den schmalen Mund. Eigenthümlich geförnte Augen warfen einen hastigen, stehenden Blick nach allen Richtungen.

„Bitte, nehmt Platz! Ruht aus!“ sprach die Wirthin, ohne die Herdstätte zu verlassen. „Dank,“ rief sie dem Sohne zu, „reicht dem Herrn einen Stuhl.“

Sie nannte ihn Herrn, weil er einen Rock trug, und obgleich er an der Schwelle die Sprache geredet, die in dieser Hütte üblich war, merkte man doch, daß er sich gewöhnlich nicht derselben bediente.

Er sank mit einem tiefen Seufzer in den Stuhl, stellte den Rücken, mit Eisen beschlagenen Stod zwischen die Knie und rieb sich die langen, rothen, grobfingerigen Hände. Er lächelte und sein Gesicht nahm dabei eine halbneugierige, halb komische Miene an.

„Donnerwetter! ist das aber eine Kälte!“ jagte er, „und dazu ein Hunger. . . .“ Das Antlitz behielt seinen lustigen Zug. Man konnte glauben, seine Klage sei nicht ernsthaft gemeint.

„Ein Gewitter herrscht draußen, daß Gott erbarme!“ bemerkte Alexy.

„Wollt Ihr essen?“ fragte der Fassbinder, den Kopf von der Arbeit erhebend und neugierig den Ankömmling musternd.

Wieder rieb sich dieser die Hände.

der erstrebten allgemeinen Erhöhung der Dienstentnahmen bilden, hinter dem Bedürfnis, namentlich der unteren und mittleren Stellen aber wesentlich zurückbleiben. Die Regierung hat sich deshalb verpflichtet, weitere Erhöhungen mit Ihnen zu vereinbaren.

Außerdem werden neue und vermehrte Ausgaben vorzusehen sein für die Erfordernisse des Staatsdienstes, für die regelmäßige Pflege von Kunst und Wissenschaft, der Lehranstalten aller Art, sowie des landwirtschaftlichen Gewerbes.

Der Entwurf des Staatshaushalts-Etats für das Jahr vom 1. April 1890-91 wird Ihnen alsbald zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt werden.

Der Vertrag vom 10. Mai 1883, durch welchen die Verwaltung der Zölle und gemeinschaftlichen Steuern im Gebiete des thüringischen Zoll- und Handelsvereins geregelt ist, entspricht nicht mehr den vielfach veränderten Verhältnissen. Es ist daher am 20. November vorigen Jahres zwischen den Bevollmächtigten der Vereinsstaaten ein neuer Vertrag vereinbart worden, welcher die Fortsetzung der bisherigen Gemeinschaft in besserer Weise sichern soll. Der Vertrag wird zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden.

Der für die vorige Session in Aussicht gestellte Gesetzesentwurf, welcher die bisherige Klassen- und Einkommensteuer in eine einheitliche Einkommensteuer umzugestalten und weitere Reformen auf dem Gebiete der direkten Steuern vorzubereiten bestimmt war, sollte die bestehende Grund- und Gebäudesteuer zunächst unberührt lassen. Im Landtage vorweg geführte Verhandlungen lißen jedoch erkennen, daß auf die seit geraumer Zeit bedrückte Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände der größere Werth gelegt und deren unmittelbare Bewirkung in erster Linie erstrebt wurde. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers und Königs hat daraus Veranlassung genommen, den Rahmen der Vorlage dergestalt zu erweitern, daß beide Angelegenheiten — die Reform der Einkommensteuer und die Ueberweisung von Realsteuern an die Kommunalverbände — mit einander verbunden und gleichzeitig zur Erledigung gebracht werden können. Eine entsprechende Vorlage wird vorbereitet.

Um die Vortheile der einheitlichen Staatsverwaltung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens weiteren Landesstellen zuzuwenden, wird Ihnen die Erwerbung noch einiger Privat-Eisenbahnen in Vorschlag gebracht werden, und auch in diesem Jahre eine Vorlage wegen Ausdehnung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Staatseisenbahnnetzes zur Beschlußfassung zugehen.

Die vorjährige Ernte ist in mehreren Landestheilen eine ungünstige gewesen. Dank der Förderung, welche die Zolleinrichtungen des Reiches der vaterländischen Landwirtschaft gewähren, ist indessen die Hoffnung begründet, daß die schwierige Lage, in welche die landwirtschaftliche Bevölkerung jener Landestheile durch den Ernteausfall gekommen ist, ohne dauernd nachtheilige Folgen zu überwinden sein wird.

Die Regierung Sr. Majestät hält es für notwendig, die Möglichkeit, Grundeigentum zu erwerben und sich selbst zu machen, mehr als bisher zu erleichtern. Es wird Ihnen deshalb ein Gesetzesentwurf zugehen, durch welchen für den Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke das Rechtsinstitut der Renten-güter eingeführt werden soll.

Das erfreuliche Bild, welches der Aufschwung des Handels und der Gewerthätigkeit im Laufe des letzten Jahres dargeboten hat, ist getrübt worden durch die Arbeiterausfälle, welche namentlich in den Steinkohlendistrikten in großem Umfange unter Nichtinnehaltung der gesetzlichen Kündigungspflicht und theilweise nicht ohne Gewaltthätigkeiten stattgefunden haben.

Es hat Se. Maj. den Kaiser und König mit Befriedigung erfüllt, daß die Arbeitgeber, vielfach mit Zurückstellung eigener Interessen, bestrebt gewesen sind, begründeten Beschwerden der Bergarbeiter Abhilfe zu schaffen und selbst weitgehenden Forderungen derselben entgegenzukommen. Se. Majestät halten sich danach zu der Erwartung berechtigt, daß fernere Versuche zur Störung der Eintracht zwischen den Grundbesitzern und den Bergarbeitern an dem gefunden Sinn der Bevölkerung scheitern und daß die für die gesammte Arbeiterschaft nicht minder wie für den Bestand der Industrie gefährlichen Unterbrechungen wirtschaftlicher Thätigkeit fortan unterbleiben werden. Die Regierung, welche eine eingehende Untersuchung der von den Bergarbeitern erhobenen Beschwerden und Forderungen hat vornehmen lassen, wendet dieser Frage unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu. Andererseits hat sie Vororge getroffen, daß jeder Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sofort mit Erfolg entgegengetreten werde. Ihrer Fürsorge für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen hat sie durch die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Reiches über die Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität Ausdruck gegeben, und sie wird auch ferner nicht ablassen, weiter hervortretende Bedürfnisse sorgfältig zu beachten und deren Befriedigung anzustreben. Jene Fürsorge in Verbindung mit der eingetretenen Steigerung der Löhne bietet eine Gewähr

„Essen möchte ich schon gerne, warum denn nicht, hätt' ich nur was! Ich habe keinen Proviant mitgenommen.“

Er blinzelte schalkhaft, wie Einer, der seine Umgebung durch Munterkeit für sich gewinnen will. Seine rauhe Stimme hatte freilich keinen bestrickenden Klang.

„Zwei Tage auf der Reise,“ begann er wieder, „ach, was sage ich da! Ist mir denn das Gedächtniß schon eingefroren? Zwei Wochen bin ich schon auf der Fahrt, wandere und wandere und suche herum, was ich nicht verloren habe. . . . Nur weiß ich nicht, ob ich es finde. . . .“

Er sprach dies laut und lachte hell auf; der Stod entglitt seinen Knien und fiel zu Boden; er bückte sich und hob ihn mit fast auffälliger Raschheit der Bewegungen auf. Mikula sah sich den Fremden an, wandte das Haupt der älteren Rechte zu mit den Worten:

„Hast Du Abendbrot, Christine? Tisch es dem Gast auf.“

„Gerste mit Mohn ist bereitet,“ war die Antwort.

Der Alte paffte den Dampf seiner Pfeife so heftig in die Luft, daß er hinter der Wolke beinahe verschwand.

„Kommt Ihr von weit her?“ fragte er.

„Aus Preußen“, versetzte er hastig und sah den Fragenden forschend an.

„Ihr sucht wahrlich eine Fabrik? Die Deutschen gehen meist der Fabrikarbeit nach.“

„Ihr seid ein Deutscher?“ fragte der fünfzehnjährige Knabe voll Neugier.

„Nein, ich bin kein Deutscher, ich komme bloß aus Deutschland. In eine Fabrik, in eine Leinwandfabrik will ich eintreten, da man dort mitunter ein schönes Stück Geld verdient. Unweit von hier, hörte ich, wird eine Spinnerei gebaut. Will dort nach Arbeit fragen. Der Maurerberuf ist mir gleichfalls nicht fremd. Wenn man nur etwas herausschlägt, um zu leben! Was braucht ein Armer mehr? Genug, wenn er nur sein Brot gewinnt.“

„Habt vollkommen Recht! Genug für den Armen, wenn er sein Auskommen findet!“ bestätigten mehrere Stimmen mit vollem Einverständnis.

Christine stellte eine Schüssel mit Kartoffelgerste auf

darfür, daß das Bewußtsein einer mehr gesicherten Lage Arbeiter in wachsendem Umfange durchdringen werde.

Zur Vereinfachung der über die Errichtung notarieller Kunden bestehenden Vorschriften und zur möglichsten Reduzierung des Kostenanlages in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden Ihnen entsprechende Gesetzesentwürfe vorgelegt werden.

Ueber die Ausführung des Gesetzes vom 13. Mai betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Befreiung durch die Hochwasser im Jahre 1889 herbeigeführten Ueberflutungen wird Ihnen eine Denkschrift zugehen.

Zur Freude Sr. Majestät des Kaisers und Königs sind Beziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Mächten auf allen Seiten gute.

Meine Herren! Se. Majestät giebt sich der Zuversicht, daß Ihre Arbeiten auch in der neuen Session, von dem vertrauensvollen Zusammenwirken mit der Staatsregierung getragen, zur Förderung des Wohles und Gedeihens Landes gereichen werden!

Politische Ueberfluth

Wie in Reichstagskreisen bestimmt verlautet, der Reichstanzler zur Beratung des Sozialistengesetzes Berlin erwartet. So meldet die „Lib. Kor.“ Nach diesen Quellen scheint man auf das Zustandekommen des Sozialistengesetzes vollkommen verzichtet zu haben und der Schluß Reichstages soll schon am 25. Januar erfolgen.

So ungewiß sei das Schicksal des Sozialistengesetzes, wird der „Kön. Ztg.“ geschrieben, daß man es Gegenstand von Wetten machen könne. — Also wären wir bereits unter der Herrschaft des Kartell-Reichstages kommen.

Die königlichen Ablagerungsstätten für allen arbeitsfeindlichen Unrath, laßt sich aus Reichendach (Schlesien) gendes berichten: Seitdem die Gerichte dem von sozialistischer Seite betriebenen Populärungsstrome scharf entgegengetreten sind, die sozialdemokratischen Wähler vorsichtiger worden. Sie lassen jetzt keine Verurtheilungen mehr zu, die ihnen die Säle verweigernden Gastwirthe drücken, sie stellen ein paar Leute auf, welche am Sonntag die Abhaltung der sozialistischen Gastwirthe besuchen wollen abhalten. So ist es vorgekommen, daß ein Wirth in Bielefeld an den Sonntagen keine Tanzmusik abhalten darf, weil unweit der Gastwirtschaft Fabrikarbeiter ständen, die dem Besuch derselben warnten. Der Gastwirth, welcher diese Sperre seine Existenz bedroht sah, hat wohl oder einem der nächsten Sonntage dem sozialdemokratischen Tagessabgeordneten Kühn-Langendielau den Saal zur Abhaltung einer sozialdemokratischen Wählerversammlung hergeben. Die Zeitung stellt nun die angeblich einfache Frage: „Wollen Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken geltend machen, sollen es dann die Arbeitgeber nicht, sollen dann die Unternehmer sich nicht offen oder unter der Verstandigen, keinem Heber Arbeit zu geben?“ Man darf nun auf der einen Seite die Arbeiter die von einem von der Seite, den „Arbeitergroßen“ existirenden Wuthe sich Saal zur Ausübung ihrer gesetzlich garantierten Rechte zu müssen, — auf der anderen die Herren Fabrikanten, die Arbeiter als „Heber“ entlassen. Die Gegenüberstellung, durchaus loyal vorgehenden Arbeiter und der ihre wirtschaftliche Uebermacht auf's Freiste mißbrauchenden Unternehmer zeigt so recht, wie weit das Rechtsgefühl diesen Menschen verschwunden ist.

Schon während der großen Bergarbeiter-Bewegung im Sommer des vorigen Jahres wurde hingewiesen, daß die Folgen des Ausstandes bei den nächsten Reichstagswahlen zu erkennen sein würden. Der Verlauf der Reichstagswahlen ist selbsterklärend, und wie bei allen Parteien ein größerer Eifer in der Abhaltung von Wählerversammlungen zeigt, so sind auch die Führer der Bergarbeiter, besonders Rheinland und Westfalen mit großem Eifer in die Vorbereitungen der Wahlen eingetreten. Allerdings sind die Versammlungen, welche in den letzten Tagen von den rheinisch-westfälischen Bergarbeitern abgehalten wurden, keine reinen Wählerversammlungen, dazu ist die Masse der Arbeiter noch zu gleichgültig politische und Parteifragen; in der Vordergrund der Ordnung werden die Forderungen der Arbeiter gestellt, hieran schließt sich dann die Besprechung der Frage, wann die Arbeiter in den Reichstag wählen müßten. diesen Forderungen Geltung zu verschaffen. Soweit die Stimmung der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter aus den vorliegenden Berichten über diese Versammlungen deutlich läßt, geht die Richtung dahin, einen parteilosen Bergarbeiterkandidaten aufzustellen. Insbesondere würde die Kandidatur des ehemaligen Arbeiterdeputierten Schröder in Dortmund, noch immer den größten Anhang unter den Arbeitern mit großer Freude begrüßt werden. D merkwürdiger ist

den Tisch, die, grau von dem eingemachten Mohn, vollständig kalt und hart geworden war, so daß man mit einem Messer schneiden mußte. Sie legte auch solches neben die Schüssel, dann ein Stück Schwarzbrot. Ihre Bewegungen waren gemessen, ihr Gesicht war beinahe kol. Vielleicht war es die leitende Stellung der menschenvollen Hütte, oder auch ihre glückliche Waise, die ihr den Ernst verlieh und sie mit so viel Mühe ausplattete. Sie trug auch eine ausgefuchste Höflichkeit Schau.

„Ich wünsche, daß es dem Herrn gut schmecke, keine Umstände!“ lud sie den Gast ein. Seine mageren, rothen Hände griffen zunächst nach dem Brode, das er gierig an den Mund führte, doch schienen seine unruhigen Augen noch etwas anderes auf dem Tische zu suchen.

„Nur nicht, Herr Wirth. . . . Die verfluchte Kälte macht's! Bin durch und durch gefroren.“

Schnäpsschen zur Erwärmung — dürfte ich wohl bitten?

Das Brot hastig verschlingend, rieb er sich abertausendmal mit drohlicher Gebärde die Hände.

„Mit größtem Vergnügen! Warum denn nicht?“ erwiderte der Wirth. „Christine, reich' den Brantwein her!“

Der Fassbinder erhob den Kopf von der Arbeit, Augen funkelten. Christine brachte die Flasche und Gläschen aus dickem, grünlichen Glas, das der Wirth zur Hälfte füllte und an die Lippen setzte.

„Zum Wohlsein!“ rief er dem Gaste zuneidend, leerte das Gläschen langsam, Tropfen um Tropfen. Als der Gast jetzt das gefüllte Gläschen erfaßte, zitterten seine groben Finger.

„Auf gut Glück!“ entgegnete er und goß sich den Inhalt auf einmal hinunter. Der Fassbinder langte schließlich nach der Flasche und sah den Alten fragend an. Dieser schwieg. Darauf that der Fassbinder herzhaften Schluck und reichte die Flasche dem Bruder.

„Trink, Alexy!“

„Ich mag nicht, ich trinke nicht, die Frau hat verboten!“ wehrte der junge Bauer ab, indem er fragend

in den
gang über
Ration
Berlamer
berichtet
nahm auf
herbor.
folgende
fehle, das
Zusammen
nur zu G
werden, d
neue und
Redner er
er fehle im
wo die B
Vergleiche
die Name
Schröder
den Berg
wissen.
sagte S
dann: da
sorgten d
pele. G
sprach sich
eibe sei
die Gebir
sozialen e
getreten.
für den I
aber nicht
in dämm
Gib
Kreit ja
gerichts
des Krit
Ber-mann
mischer
richtig, d
leute, na
wo Exze
monach
für Altes
Artikel r
leuten e
„Es
Lad
Re
Wegenl
Waubige
Die
Die
jeder ein
Kumack
sch gesog
worden.
Die
nicht dur
wieder er
Hier
der Unte
anwallich
erklären.
haupt, l
lei verad
oder bi
Rechtlich
medrath
ob die E
inszenier
das Erg
sei, um
zum fre
lich die
sachungs
Klage g
fertig i
Untersud
geworben
können v
Bergarb
den feier
der § 131
sein. I
Umfang
gebracht
der cany
die Ber
hät, daß
anflacht
jmu.
Kändin
Gott, die
sage der
daß ich
Schwur
Brantwe
sag' ein
Die
den tot
hervor.
er sei a
Mütter
zu dem
D
Seiten,
mit dem
Die
ihren G
ändern
und sch
Derweil
herum,
beten si
suchte e
„U
er plög
die A
„Zehn
Sie sta
nahm
ihm ver
die Par
„C
worden
„Und
Meierh

in den Versammlungen gegen das Zentrum eine ganz ebenso feindselige Stimmung herrscht wie gegen die Nationalliberalen. In der am Sonntag abgehaltenen Versammlung zu Altentzen, über welche bereits telegraphisch berichtet worden ist, trat bei den einzelnen Rednern die Rücksichtnahme auf die bevorstehenden Reichstagswahlen auf Deutlichkeit hervor. Wir entnehmen einem Berichte über die Versammlung folgende Stellen: „Schöder-Dortmund: Was den Bergleuten fehle, das sei nicht die direkte Lohnerhöhung, sondern das Zusammenfallen in den Verband. Die Maschinen sollten nicht nur zu Gunsten des Kapitals arbeiten, vielmehr müsse angestrebt werden, daß die Arbeitszeit um so viel verringert werde, als durch neue und bessere Maschinen Arbeitskräfte überflüssig würden. Redner erntete lebhaftesten Beifall. Herr Brodum bemerkte dann, es fehle im Bezirk an einem geeigneten Kandidaten, der da wisse, wo die Bergleute der Schuß drücke. Sollte denn unter den Bergleuten keine geeignete Person zu finden sein? (Es wurden die Namen Schöder-Dortmund und Stöbel gerufen.) Ja, die Namen Schöder-Dortmund und Stöbel gerufen.) Ja, Schöder sei gewiß die geeignete Person, er lebe mitten unter den Bergleuten und werde deren Forderungen zu vertreten wissen. Da im Saale vielfach der Name Stöbel gerufen wurde, sagte Herr Brodum, Stöbel sei kein Vertreter der Arbeiter, denn derselbe habe auf einer Versammlung in Düsseldorf geäußert, daß die Sozialdemokratie nicht zu groß werde, dafür gelte die Gesetzgebung schon. Herr Stöbel sei also für Ausnahmegete. (Rufe: Psiu, psiu!) Herr Bessau aus Schönebeck sprach sich durchaus unzufrieden über Herrn Stöbel aus. Derselbe sei auf das christlichsoziale Programm gewählt, habe auch die Gelder für seinen Unterhalt in Berlin von den Christlich-sozialen erhalten. Trotzdem sei Herr Stöbel dem Zentrum beigeschrieben. Das sei wohl eine starke Partei, die wohl viel habe für den Arbeiter thun können, wenn sie nur gemollt, sie habe aber nichts gethan.“ — Es beginnt also unter den Bergarbeitern zu dümmern.

Silberfeld, 14. Januar. Ein Nachklang zum Bergarbeiter-Kreis fand gestern vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts statt. Angeklagt war der Redakteur Grimpe wegen des Artikels in Nr. 181 vom 7. August v. J.: „Das Ende des Bergmannsrechts“ betitelt. Der Artikel war vornehmlich polemischer Natur und namentlich gegen die Reptilienpresse gerichtet, die aus Anlaß der scharfen Beurteilungen der Bergleute, namentlich in den schlesischen Bezirken, Waldenburg u. a. m., gewisse Kräfte gefunden hatten, den alten Kohl aufzuwärmen, wo diese die Sozialdemokratie in demagogisch-heberrischer Weise für Alles verantwortlich gemacht war. In der Einleitung zum Artikel wurden kurz die Versprechungen, die man den Bergleuten gemacht hatte, erwähnt, dann heißt es:

„Es war ein herrliches Programm. Und heute wissen wir, wie es erfüllt worden. Wie hat Ideal und Wirklichkeit sich in schneidenderem Gegenlicht befunden, wie sind Hoffnungen — so weit solche bei Gläubigen sich einnisteten — grausamer getödtet worden. Die Dichtung: Veröhnung, Harmonie, Glückseligkeit. Die Wahrheit: nicht bios jeder „Führer“, sondern auch jeder einfache Arbeiter, der bei Streikbewegung irgendwo die Aufmerksamkeit der gestrenge Herren Bergwerksbeamten auf sich gezogen hat, ist gemahregelt, in Acht und Bann gethan worden.“

Die versprochenen Reformen sind ausnahmslos entweder nicht durchgeführt, oder nach einem ersten großmüthigen Anlauf wieder rückgängig gemacht worden.“

Hierauf folgte dann eine Kritik des angeblichen Ergebnisses der Untersuchungskommission und darin glaubte die Staatsanwaltschaft die Kriterien des § 131 des Strafgesetzbuches zu erkennen. „Wer wissenschaftlich entzettelte Thatsachen öffentlich behauptet, um Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis 600 M. oder bis zu 2 Jahren Gefängnis bestraft.“ heißt es da. Der Redakteur Grimpe führt zunächst an, daß der Artikel ein Abwehrartikel gegen die Behauptungen der Reptilienpresse sei, als die Sozialdemokratie die Streiks in demagogischer Weise als Ergebnis der Untersuchungskommission ein solches gewesen sei, aus dem hervorgeginge, daß die Bergarbeiter keine Ursache zum Streik gehabt hätten. Außerdem hätten damals thatsächlich die Bergarbeiter gegen die Art und Weise der Untersuchungsleitung seitens der eingesehten Kommission lebhaftest protestirt und extra für jede Sache Beschwerdebezeugen angefertigt um als Korrektiv gegen das etwaige Ergebnis der Untersuchungskommission angeführt zu werden. Diefen laut gewordenen Klagen habe man sich denn auch nicht verschließen können und von der Regierung sei nachträglich angeordnet, daß Bergarbeiter und gewählte Zeichenbelegirte ebenfalls gehört worden seien. Von einer wissenschaftlich falschen Behauptung, wie sie der § 131 zu einer Verurteilung verlange, könne mithin keine Rede sein. Der Staatsanwalt hielt die Anklage in ihrem ganzen Umfange aufrecht, der Angeklagte hätte wissen müssen, daß die gedachte Behauptung der Wahrheit nicht entspreche, zudem sei der ganze Artikel im Tone der Schmähsucht gehalten und darin die Verächtlichmachung zu erblicken; er beantragte, mit Rücksicht, daß der Angeklagte bisher noch keine Gefängnisstrafe er-

halten, eine Geldstrafe von 150 M. eornt. 30 Tage Gefängnis. Dr. Schweizer, in dessen bewährten Händen die Vertheidigung ruhte, ging zunächst auf den § 131 des Näheren ein, wies auf die Kommentare und Entstehungsgeschichte dieses Paragraphen hin und führte dann aus, daß in dem angezogenen Artikel von Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen keine Rede sein könne. Es sei eine Kritik über die Thätigkeit der Untersuchungskommission und noch dazu eine sehr mäßige, eine Kritik von Anordnungen der Obrigkeit sei aber gar nicht verboten, eher das Gegenteil. Dr. Schweizer führte dann den Beweis, daß das Oberbergamt zu Dortmund, also eine königl. Behörde, ebenfalls die Behauptung aufgestellt, daß der Streik unberechtigt und von außen hineingetragen worden sei, ebenso die Dortmund Handelskammer. Gegen diese Auffassung richtete sich der Artikel, er sei also weit eher eine Abwehr, er beantrage Freisprechung des Angeklagten. Auf eine diesbezügliche Frage des Präsidenten, wann der Bericht der Untersuchungskommission veröffentlicht worden sei, antwortete der Angeklagte, daß derselbe bis heute noch nicht erschienen, daß in den letzten Tagen der vergangenen Woche in Berliner Zeitungen die Mittheilung enthalten war, daß der „Staatsanwäger“ in den nächsten Tagen den Bericht veröffentlichen werde. Sodann beantragte Angeklagter, sollte der hohe Gerichtshof auf die Frage der wissentlich unwarahren Behauptung, wie sie der § 131 erfordere, Gewicht legen, ein weiteres Beweisverfahren aufzunehmen, und würde er dann die Ladung der Herren J. Meyer in Bochum und der bekannten Mitglieder der Kaiserdeputation, Bunte, Schröder und Siegel, beantragen. Der Gerichtshof verkündete nach längerer Berathung, daß er nicht zu der Erkenntnis gelangt sei, daß in dem Artikel unwarahre Thatsachen behauptet worden und der Angeklagte deshalb von Strafe und Kosten freizusprechen sei.

Juch in den sächsischen Bergwerksbezirken droht wieder eine Auslandsbewegung. Die Bergarbeiter im Lugauer und Zwickauer Kohlenrevier haben von Neuem eine Abföhrung der Schichtdauer und Erhöhung der Ueberschichten verlangt und bei einer Nichtbewilligung die Niederlegung der Arbeit in Aussicht gestellt.

Spaßhaft ist es, wenn die „Sozial-Correspondenz“ in ihrem Temperament-Eifer die Abnahme des Branntweinverkaufs in Kassel, der von 858 006 Liter im Jahre 1882/83 auf 697 841 Liter im Jahre 1888/89 sank, als einen Erfolg des „Bereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke“ hinstellt. Mit demselben Recht könnte man das milde Weiter dieses Winters dieser pietistischen Vereinigung auf Rechnung setzen. Die deutsche Branntweinvergeßgebung, welche dem kleinen Mann sein Gläschen Schnaps zu Gunsten der ostelbischen Kreuzjunker so sehr vertheuert hat, ist die Hauptursache der Verminderung des Konsums. Die theuren Weine, Johannisberger Kabinett und Neuwe Gluquot werden freilich durch die Schnapssteuer nicht berührt.

Sächsisches. Das polizeistatistischste Land (man verzeihe den Superlativ, da ja über den Polizeistand eigentlich nichts geht), Sachsen also, wo Herr Ackermann im stillen Glanze seiner weißen Weste Wechsel protestirt, auch Justizministerwechsel, Sachsen, wo die Kapitalisten, aber nicht die Arbeiter des Boykotts sich bedienen dürfen, Sachsen, wo Herr Held für die potenzierten Ausnahmestellen schwärmt, ist bekanntlich auch eine Heimstätte des Industrialismus. Der achtzehnte Jahresbericht über das Medizinalwesen im Königreich Sachsen bietet recht interessante Daten zur Beleuchtung der wirtschaftlichen Zustände. In einer Leipziger Gummiwaarenfabrik, so theilt unsere amtliche Quelle mit, erkrankten mehrere Arbeiterinnen, welche mit dem Vulkanisiren des Kautschuks beschäftigt waren und dabei die zu vulkanisirenden Massen in eine Mischung von Schwefelkohlenstoff und Chlorschwefel eintauchen mußten, an manialischer Gichteskränkung, so daß sie in die Irrenanstalt geschickt werden mußten, wo sie genasen. Und die Ursache dieser Gicht? Die sparsamen Kapitalisten hatten eine einfache Schutzmaßregel nicht angebracht. Nachdem das Lind in den Schuppen gefallen war, ließ man den Erhaustor verbessern und einen neuen Trockenraum herstellen. Und siehe da, seitdem kamen keine neuen Erkrankungen mehr vor. Da in Sachsen jede Maus polizeilich administrirt wird, so ist es doch zu verwundern, daß die hochblühliche Polizei erst solche tragische Ereignisse abwartet, ehe sie eingreift.

Es ist aber wirklich so verwunderlich? ... Wir erfahren ferner, daß bei den Arbeitern der Gichtstöpferien zu Waldenburg (Glauchau) Bleivergiftungen häufig sind. Eine vom Bezirksarzt Hankel angestellte Untersuchung ergab, daß von 15 in ihnen angewendeten Personen 7 an Bleisüß, Bittern und mehr oder weniger starker Lähmung der Hände litten bzw. gelitten hatten. Bei dem am häufigsten erkrankten Personen stellte es sich heraus, daß keine eigenen Werkstätten vorhanden waren, sondern — o Heil und Segen der Hausindustrie! — die Wohnstuben dazu dienen mußten. Nun erst ward eine Verordnung für die Töpferien des Bezirks erlassen, welche die zur Verhütung der Bleierkrankung dienlichen Vorschriften enthält, das Arbeiten in Wohn- und Schlafräumen verbietet, und das Feiben der Bleiar und das Glühen und Trocknen glasierter Thonwaaren

„Ja, so ist es!“ rief die Alte voll hellen Erstaunens. „Woher könnt Ihr es aber wissen?“ fiel ihm jetzt Alexy in die Rede.

Der Fremde schien die Frage nicht zu hören, vielleicht mochte er sie auch nicht beantworten.

„Diese Hütte habt Ihr schon lange aufgebaut, Herr Wirth?“

In seiner ruhigen, gleichgiltigen Weise belehrte ihn Mikula, daß die Hütte schon ziemlich alt und unlängst nur ein wenig erhöht worden sei. Auch habe man die schadhafte Stellen der Dielen ausgebessert und die Fenster vergrößert.

„Darum kommt mir auch die Stube verändert vor...“

„Wart Ihr denn jemals hier?“ fragte der Fassbinder.

Wiederum keine Antwort.

Der wunderliche Gast lautete weiter, wandte sich darauf nach dem Fassbinder und Alexy, figirte sie und murmelte vor sich hin:

„Die Alte ist also todt!“ Nach einer Weile fügte er hinzu: „Auch den Hans vermisste ich!“

„Welchen Hans meint Ihr?“ fragte der Alte, die Pfeife aus dem Munde nehmend und den Gast scharf ins Auge fassend.

„Na, na,“ lachte dieser höhnisch. „Euren dritten Sohn, Herr Wirth, meine ich! Wen denn sonst?“

„Seid Ihr von hier, daß Euch Alles so bekannt ist?“ meinte Helene mißtrauisch.

„Ihr müßt schon einmal bei uns gewesen sein,“ wisperte das Mütterchen und besah den Gast von allen Seiten.

„Gewiß, Ihr seid nicht das erste Mal an diesem Orte,“ bemerkte Mikula nachdenklich. Solchermaßen bestürmt schlug der Fremdling die Augen nieder und eine zornige Aufwallung sprach aus seinen Zügen. Mit mühsam verdrissenen Aerger brummte er: „Na ja, ich war einmal da! Doch, was ist denn so Merkwürdiges daran?“

(Fortsetzung folgt.)

in gut gelüftete Räume außerhalb der Werkstatt oder ins Freie verweist. Das ist Alles recht gut und schön. Das Rezept leidet aber an dem Fehler, daß die Kleinmeister, die Heimarbeiter es nicht bezahlen können. Woher sollen die armen Teufel die Mittel nehmen, das Regulativ durchzuführen? Ja, die Hausindustrie ist und bleibt das Entzücken aller Dummköpfe und Schelme.

Aus Chemnitz, 14. Januar. wird uns geschrieben: Bei der heutigen Landtagswahl ergab als Resultat für den sozialdemokratischen Kandidaten 3177 Stimmen, für den Kandidaten der Kartelparteien 3797 Stimmen. Bestenfalls liegt also mit einem Mehr von 620 Stimmen. (Wir haben die Nachricht gestern unter den Depeschen veröffentlicht. Red.) Da der Wahlkreis, in dem diese Nachwahl stattfand, bisher stets in den Händen der Gegner war und diejenigen Stadttheile umfaßt, in welchen hauptsächlich die Bourgeoisie und das Beamtenthum seinen Wohnsitz hat, muß das Resultat als ein sehr günstiges angesehen werden. Nach diesem Resultat steht schon jetzt fest, daß Chemnitz bei der Reichstagswahl seitens der Sozialdemokratie glänzend genommen wird.

Aus Sachsen wird uns geschrieben: Im Wahlkreise Wurzen hat der bisherige Kandidat Günther die Kandidatur niedergelegt und an seine Stelle ist Bithograph Pinkau, Ausgewiesener aus Leipzig, derzeit in Borsdorf wohnhaft, als Kandidat aufgestellt worden. Pinkau, ein langbewährter Gewerbe, sehr tüchtig in seinem Fach und von einem hohen Bildungs- und Wissenstrieb befeuert, wird in dem Wahlkampf die Sozialdemokratie würdig vertreten und ist jedenfalls wohl geeignet, unsere Partei in dem Wurzener Wahlkreis, wo sie bekanntlich bei der letzten Nachwahl einen lokalen Rückgang zu verzeichnen hatte, wieder die ihr gebührende Stellung zu eringen.

Die sächsische Sozialdemokratie ist bereits im vollen Wahlkampf. Die Wählerversammlungen, die durch die beiden erledigten Landtagsmandate notwendig gemacht wurden, leiteten die Reichstags-Wahlkampagne ein. Die Begeisterung ist unbeschreiblich. Und überall macht sich das Bedürfnis nach Versammlungen geltend. Die zur Verfügung stehenden Redner müßten sich verheißensachen, wenn sie jeder Einladung folgen wollten. Um die vorhandenen Kräfte möglichst wirksam verwenden zu können, und einer Kräftevergeudung nebst obligater Konfusion vorzubeugen, werden die Wahlkomitees der einzelnen Kreise ersucht, sich einen genauen Versammlungsplan zu machen und sich im Voraus und rechtzeitig der Redner zu versichern. Das Anberaumen von Versammlungen, ehe man einen Referenten hat, ist unter allen Umständen zu vermeiden. Das Mißgelingen solcher Versammlungen erregt nur den Spott der Gegner und macht einen schlechten Eindruck auf die Genossen.

Das ist eine sehr hausbackene Wahrheit, allein es ist sehr nützlich, an sie zu erinnern — und nützlich nicht bloß für Sachsen. — Den früheren Vorstandsmitgliedern des Dresdener Fachvereins der Tischler, der vor Weihnachten auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst wurde, ist von der Reichsbeschwerdekommision, an die er sich gewandt hatte, die Aufforderung zugegangen, mehr Material zu beschaffen. Die Kommission scheint also schon zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß die Begründung des Verbots keineswegs unanfechtbar ist und die sächsische Polizei steht der Entscheidung der Reichskommission mit großer Spannung entgegen — die Aufhebung des Verbots würde die Umkehrung der bisher in Sachsen den Fachvereinen gegenüber geübten Praxis bedeuten. — Genosse Auer, der augenblicklich in Montreux am Genfersee weilt, fühlt sich so gekräftigt, daß er dem Wahlkomitee des 17. sächsischen Reichstagswahlkreises (Glauchau-Meerane) antrug, er werde zur Agitation kommen. Im Interesse seiner Gesundheit, die noch der Schonung bedarf, hat man ihm aber geantwortet, seine Anwesenheit sei nicht nöthwendig.

Einer der größten Ausbeuter Nordamerikas, der König des zur Ausplünderung des Volkes gegründeten Zuckerringes, Hector G. Havemeyer, ist in Paris der Bright'schen Nierenkrankheit erlegen. Der Trunk, zu dessen Gründern und Hauptmachern dieser gewissenlose Plusmacher gehörte, hat den Zuckerkonsum, der in den Vereinigten Staaten bekanntlich eine sehr wichtige Rolle im Volkshaushalt spielt, in ständiger Weise „kontrollirt“, d. h. er dikirt die Preise für Zucker mit despotischer Willkür. Die Beute der Ringbriganten befreit sich auf Millionen. Natürlich wird dieser sehr ehrenwerthe und prominente Deuschamerikaner — in den Trüben jenseits des großen Wassers spielen die Deuschamerikaner überhaupt mit die erste Geige — in allen Geldfachblättern tief bedauert; auch die „Zuckerindustrie“ läßt eine fette Thräne auf das Grab des Yankee rieseln.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Januar. Nach einer Mittheilung des „Komet“ sind die Nachrichten von einem angeblichen Nachtragskredit, den der Kriegsminister zu fordern beabsichtigte, zum mindesten verfrüht und entschieden ungenau. Um was es sich höchstens handle, das sei die Umwandlung der 11 millimetrigen Gewehre in 8 millimetrige; jedoch sei es noch fraglich, ob die 11 millimetrigen Gewehre einfach gegen 8 millimetrige umgetauscht, oder erstere entsprechend umgestaltet werden sollten. Der Umtausch erfordere etwa 4½ Millionen Fl., die Umgestaltung 1 Million Fl. Verhandlungen seien darüber im Gange.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. Die neue Session der gesetzgebenden Körperschaften ist heute eröffnet worden. Ansprachen wurden von den Altersvorsitzenden nicht gehalten. Der Senat vertagte sich alsbald auf nächsten Donnerstag. — Die Deputirtenkammer wählte Floquet mit 215 von 226 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten. Die Wahl eines Vizepräsidenten blieb ohne Ergebnis, weil das Haus nicht mehr beschlußfähig war. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag anberaumt.

Belgien.

Brüssel, den 14. Januar. Der Deputirte Janson brachte in der heutigen Kammer Sitzung einen Antrag ein, daß den Arbeitern gemeinsam mit den Arbeitgebern das Recht der Ueberwachung der Arbeit in den Bergwerken zustehen solle.

Amerika.

Chicago, 14. Januar. Croninprozeß. Der Richter Mac Connell hat die Einleitung eines neuen Prozesses gegen Runge genehmigt, betreffs der übrigen bereits verurtheilten aber die Anstrengung eines neuen Prozesses abgelehnt.

Gerichts-Beilage.

Wiederm gelangte ein besonders schwerer Fall von Geirathschwindel gestern zur Kenntniz der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Auf der Anklagebank befand sich der Kauf- und Geschäftsreisende August Schulz, ein, trotz seiner Jugend — er zählt erst 23 Jahre — äußerst sprachgewandter und anstellig, aber desto gefährlicher Mensch. Auf einer seiner Geschäftstouren in der Umgegend von Potsdam lernte er eine Wittwe B. kennen, die sich trotz ihres weit höheren Alters von dem Angeklagten behörren ließ und seinen Ehedersprechungen glaubte. Es kam zu einer regelrechten Verlobung und eines Tages holte der Angeklagte verabredungsmäßig seine Braut ab, um sie seinen in Berlin wohnenden Eltern vorzustellen, sowie ihr das Schwankgeschäft zu zeigen, welches er kürzlich erworben haben wollte

auslachte. „Meiner Frau, sie hat es verboten!“ fügte er hinzu. „Trinke nicht, Alexy, trinke nicht!“ ruft sie mir kindig zu, wenn Du mich nur ein wenig lieb hast und Gott, den Allerhöchsten, fürchtest, so laß das Trinken! Entsetzt, den Laster, Schwöre es beim Kreuz! Ich merkte schon, daß ich keinen Frieden mehr haben würde und legte den Schwur ab. Bald wird's ein Jahr her sein, daß ich keinen Brantwein im Munde hatte. Lüge ich vielleicht, Helene, sag' einmal, he, lüge ich?“

Die junge Frau lachte herzlich und innig und zwischen den rothen Lippen blickten zwei Reihen perlenerweißer Zähne hervor. Sie streichelte den Gatten zärtlich und versicherte, er sei aus eigenem Antriebe so brav geworden. Das alte Mütterchen erhob sich mühsam von ihrer Mulde, trippelte zu dem Tische und schaute sehnsüchtig nach der Flasche.

„Trink nur!“ munterte sie der Alte auf.

Das Gläschen erfassend, verbeugte sie sich nach allen Seiten, trank mit Lust, schnalzte mit den Lippen und fuhr mit dem Gembärmel über den eingesunkenen Mund.

Der Gast starrte sie so unverwandt an, als suchte er in ihren Gesichtszügen zu lesen. Ein Stück Brot nach dem andern hinunterwürgend, wischte er die Brosamen zusammen und schüttete sie aus der hohen Hand in den Schlund. Derweil liefen aber seine Augen unausgeseht in der Stube herum, jeden Gegenstand mustern. Besonders häufig wendeten sie sich der Schlafstätte und dem Ofenwinkel zu. Dort suchte er offenbar Jemand.

„Und Eure Frau, Herr Wirth, lebt sie noch?“ fragte er plötzlich.

„Ach Gott, die ist ja schon lange gestorben,“ versetzte die Alte, welche der Brantwein gesprächig machte. „Zehn Jahre werden's ungefähr sein, seid sie gestorben... Sie starb, als ich vom Hofe gewiesen wurde... Simon nahm sich damals meiner an, Gott der Allmächtige soll's ihm vergelten!... Geh' Christine bei der Wirthschaft an die Hand, sagte er damals zu mir...“

„Gestorben,“ murmelte der Fremde und sein matt gewordenes Bild bestete sich auf das Antlitz des Mütterchens. „Und Euer Name ist Rastula...“ Ihr seid auf dem Meierhof Wirthschafterin gewesen...“

und wozu die Braut ihre ganzen Ersparnisse — gegen 400 Mark — nachträglich hergeben sollte. Auf der Eisenbahnfahrt nach Berlin wußte der Angeklagte seine Begleiterin zu überreden, ihm das mitgenommene Geld anzuvertrauen und von diesem Augenblick an war es ihm nur darum zu thun, sich der Braut zu entziehen. In Schöneberg führte er seinen Entschluß in der hartnäckigsten Weise aus. Unter dem Vorwand, eine Depesche ausgeben zu wollen, verließ er sie und ging auf und davon, seine Begleiterin ohne alle Mittel ihrem Schicksal überlassend. Alle seine Angaben über seine persönlichen und geschäftlichen Verhältnisse beruhten auf Lug und Trug. Außer diesem Beitrag wurde dem Angeklagten ein mit großem Raffinement ausgeführter Diebstahl an der Ladentasse zur Last gelegt. Das Gericht belegte ihn wegen beider Straftaten mit einer Gefängnisstrafe von 2½ Jahren und 3 Jahren Ehrverlust.

Bei dem Versuch, eine Forderung einzutreiben, hat sich der Schlichter Franz Kutschky in einer Weise benommen, die ihm eine Anklage wegen Anmaßung eines öffentlichen Amtes zuzog und ihn dieserhalb gestern vor die erste Strafkammer des Landgerichts I führte. Kutschky hatte seit Jahr und Tag eine Forderung von 100 Mark an einen Kaufmann Müller, der ihm seit längerer Zeit aus den Augen gekommen war. Da erfuhr er, daß derselbe in der Rathenower Straße wohne und er machte sich auf, ihn zu besuchen. Er wurde von den Wirkungsleuten des Schuldners dahin belehrt, daß der Letztere nicht zu Hause sei und in der Meinung, daß man den Nachgefragten verheimlichen wolle, spielte Kutschky sich als Kriminalbeamter auf, der „von oben“ komme, auch ließ er durchblicken, daß man den Miether der Wirkungsleute noch an demselben Tage holen würde. Der Gerichtshof ahndete dies unberechtigte Auftreten mit einer Geldstrafe von 20 M.

Wie vorsichtig man bei der Abfassung von Briefen zur Wahrnehmung seiner Rechte sein muß, das hat der Uhrenhändler Moritz K. erfahren müssen, welcher gestern wegen versuchter Erpressung vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen hatte. Zu den Kunden des Angeklagten gehörte auch der Juwelier S. Cohn in Bremen, der in seinen Büchern mit über 5000 M. belastet war. Am 10. Januar v. J. erhielt der Angeklagte nun ein höchst unangenehmes Schreiben; ein Bevollmächtigter des Schuldners machte in einem Zirkular die Mitteilung, daß S. Cohn in Bremen vor dem Konkurs stände und deshalb eine gültige Einigung im Interesse der Gläubiger liege. Zu diesem Zwecke biete der Schuldner unter fester Bürgschaft 40—50 pCt. ihres Guthabens, zahlbar innerhalb Jahresfrist. Der Angeklagte wurde durch den ihm drohenden Vermögensverlust in hohem Grade erregt, er schrieb an den Schwager des Cohn, dem Kaufmann Samuel in Bremen, daß er von ihm zur Deduktion seines Guthabens bis zu 75 pCt. verlange und zwar in Wechseln, von denen der Letzte innerhalb zweier Jahre fällig sein sollte. Sollte der Adressat hierauf nicht eingehen, so werde der Angeklagte gegen Cohn, der sich den Kredit durch unwahre Vorpiegelungen verschafft habe, energische gerichtliche Schritte thun. In dieser Drohung erblickt die Anklagebehörde die Merkmale der versuchten Erpressung. Der Beschuldigte erklärte, daß er den Brief in begehrtlicher Aufregung geschrieben habe, nach mehreren Stunden ruhiger Ueberlegung sei er anderen Sinnes geworden und habe an den Bevollmächtigten ein Schreiben gerichtet, in welchem er sich unter den vorgeschlagenen Bedingungen mit 50 pCt. zufrieden erklärte. Der Staatsanwalt wollte in diesem Schreiben eine Annulierung des Inhalts des beanstandeten Briefes nicht erblicken, wenn der Angeklagte dies beabsichtigte, so hätte er an Samuel selbst schreiben oder depechieren müssen. Er beantrage eine Gefängnisstrafe von drei Wochen. Trotz längerer scharfsinniger juristischer Ausführungen des Verteidigers gelangte der Gerichtshof doch zu der Ueberzeugung, daß ein strafbarer Einfluß seitens des Angeklagten zur Anwendung gebracht worden sei, es liege aber keine Veranlassung vor, über das zulässig niedrigste Strafmaß — eine Woche Gefängnis — hinauszugehen und wurde so erkannt.

Eine glänzende Freisprechung erzielten durch Einlegung des Rechtsmittels der Revision beim Reichsgericht der Bau-Unternehmer Julius Bachhaus und der Arbeiter Habricht, welche vor einigen Monaten von der zweiten Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen versuchter Erpressung zu einem Monat resp. einer Woche Gefängnis verurtheilt worden waren. In einem Wechselprozeß des Mandanten der Spar- und Darlehnskasse des Vereins Berliner Restaurateurs Start, wider den ersten Angeklagten war derselbe durch Urteil des Berliner Landgerichts I, Kammer 8 für Handelsfachen, nach Ableistung zweier Eide seitens des Klägers zur Zahlung von 600 M. verurtheilt und das Urteil für vorläufig vollstreckbar erklärt worden. In den betreffenden Eiden hatte es sich um die Ablegung einer eingegangenen Verpflichtung gehandelt, eine andere Forderung anzunehmen, Start ließ auf Grund des erzielten Erkenntnisses bei Bachhaus diverse Gegenstände pfänden. Der Letztere hat darauf gegen Start eine Denuntiation wegen Wuchers und Meineids angefertigt und mit diesem Schriftstücke den Mitangeklagten zu Start gefandt mit der Aufforderung die Pfändung aufzuheben, widrigenfalls die Denuntiation noch an demselben Tage an die Staatsanwaltschaft abgeben werde. Der Empfänger lehnte das ihm gestellte Ansuchen ab, wartete die Ausführung der ihm gewordenen Drohung nicht erst ab, sondern denunzierte seinerseits Bachhaus und Habricht wegen versuchter Erpressung. Daraufhin wurde die Anklage erhoben, das Hauptverfahren eröffnet und die Angeklagten, wie oben angegeben, verurtheilt. Die Strafkammer nahm zwar an, daß der Angeklagte Bachhaus von der Richtigkeit der in seiner Denuntiation gegen Start gemachten Angaben völlig überzeugt gewesen sei, daß er also in dieser Beziehung das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht gehabt habe, erzog aber, daß das im Wechselprozeß ergangene Urteil formelles Recht geschaffen habe, Kraft dessen die Zwangsvollstreckung zulässig war. Dieses formelle Recht habe der Angeklagte Bachhaus durch Bedrohung des Start aus der Welt schaffen und brechen wollen, und somit habe er bewußt gegen das Recht und damit bewußt rechtswidrig gehandelt. Die Strafkammer berief sich für die Richtigkeit dieser Annahme auf ein Erkenntnis des ehem. preuß. Obertribunals vom 4. April 1876. Gegen dieses Urteil legten beide Angeklagte durch ihren Verteidiger Rechtsanwalt Freudenthal Revision ein. Derselbe erachtet in der Rechtsfertigungsschrift die Aufhebung der Strafkammer für durchaus rechtmäßig. Den Zweck der gesamten Zivil- und Strafrechtsplege sei Findung des materiellen Rechts, das formelle, nur der Weg, auf dem das erstrebte Ziel erreicht werden solle. Aus der erstarrten Feststellung gehe hervor, daß der Angeklagte B. mit seiner Forderung an Start nichts anderes bezweckte, als denselben zu bewegen, das zu unrecht erzielte formelle Recht aufzugeben und das materielle wieder herzustellen, wodurch er unmöglich etwas widerrechtliches erstrebte, noch erstreben konnte. Der erste Richter übersehe auch, daß das Wiederaufnahme-Verfahren zulässig ist und daß Unrecht ein Recht werden könne, auch wenn ihm durch verwerfliche Mittel der Charakter desselben aufgedrückt sei. Er könne auch Niemandem, der sich verlegt fühlt, verarzt werden, anstatt des längern prozessualen den kürzern Weg zu beschreiten, um zu seinem Rechte zu gelangen. Der zweite Straffenal des Reichsgerichts hat sich diesen Ausführungen vollkändig angeschlossen, das angefochtene Urteil aufgehoben und beide Angeklagte unter Aufhebung sämtlicher Kosten auf die preussische Staatskasse sofort freigesprochen.

Versammlungen.

Die Generalversammlung der Filiale III (18) der Vereinigung der deutschen Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandten Berufsge nossen, tagte am Dienstag den 7. Januar, in Heise's Salon, Lichtendörferstraße 21. Kollege Donath eröffnete die Versammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Kollegen W. Schweizer. 2. Kassenbericht. 3. Filialangelegenheit. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 Kollege Schweizer einen Vortrag über die Bevölkerungszunahme und ernste reiche Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt, sondern es wurde sofort zum 2. Punkt, Kassenbericht übergegangen. Der Revisor reichte denselben, ebenso werden neu aufgenommenen und gestrichenen Mitglieder verlesen und angenommen. 3. Punkt, Filialangelegenheit. Versammlung Bibliothek. Summa 117 Bände. Filialeigentum 86, Kollege Böbling 21, Kollege Lindau 3, Kollege Renard 6, Kollege Schaal 1. Kollege Schweizer empfiehlt den „Volksfreund“ von Manfred Wittich und Emanuel Wurm. 3. Punkt, Arbeiterfrage von Lang, Gerneral. Kollege Kube schlägt einen Katalog zu drucken und einem jeden Mitgliede einen von ihm gemachten Filialen zu geben und mit den anderen Filialen in Unterhandlung zu treten. Der Antrag wurde von Filiale Ost angenommen. Vom Kollegen Tornow wurde folgende Resolution gestellt: Die Generalversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandten Berufsge nossen der Filiale (Ost) beschließt, mit allen ihr geleglich zu Gebote stehenden Mitteln auf eine Verfürkung der Arbeitszeit hinzuwirken. Die Resolution wird angenommen. 4. Verschiedenes. Kollege Berg stellt den Antrag, die Versammlung wöge beschließen, die nächsten Versammlungen von Heise's Salon nach Heise's Salon, Blumenstr. 38, zu verlegen; derselbe wird angenommen. Ein Redner sagt, der Vorstand möge den Antrag von früheren Versammlung hochhalten, damit die Versammlung durch eine Annonce im „Berl. Volksbl.“ und „Volks-Freie“ jedesmal bekannt gemacht wird. Da weiter nichts vorlag, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Fachverein der Lederarbeiter hielt am Montag den 13. d. M., Oranienstr. 180 eine gut besuchte Generalversammlung ab. Derselbe nahm den Kassenbericht entgegen und erteilte dem Vorstand Entlastung. Sodann wurden zwei neue Revisoren gewählt und der jetzt bestehende Vorstand für ein weiteres Halbjahr als solcher bestätigt. Ferner wurde die Errichtung einer Bibliothek beschlossen und die erste Rate bewilligt. Den streikenden Reichlow'schen Vergoldern wurde 15 M. überreicht. Nachdem noch das Lehrlingswesen in lebhafter Diskussion hervorgehoben hatte, schloß der Vorsitzende mit, daß er dem Verein 250 Blets zur Urania a 20 Pf. zur Verfügung stelle und dieselben am 10. Februar in der Vereinsversammlung zur Verteilung gelangen; die Blets sind bis 16. Februar gültig. Zum Schluß machte er noch auf die Arbeiterversammlung aufmerksam, welche am 22. Januar im Rem, Rauschnstr. 27, stattfindet.

Eine Mitgliederversammlung der Filiale V der deutschen Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandten Berufsge nossen fand am 9. Januar im Saale des Herrn G. Brunnenstraße 38, statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Jährlicher Kassenbericht. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Vortrag des Herrn Gnadt. 4. Verschiedenes. Der erste Punkt wurde durch Kollege Stöpel, dem Kassierer, erledigt, gegen kein Einspruch erhoben wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum zweiten Punkt verlas Kollege Gnadt die Abrechnung vom Stiftungsfest und daraus war zu erhellen, daß noch verschiedene säumige Zahler da waren. Zum dritten Punkt erhielt der Referent das Wort. Derselbe sprach eineinhalbstündiger Rede über ein naturwissenschaftliches Thema. Zum vierten Punkt waren verschiedene Vereinsangelegenheiten zu erledigen. Gleich nach 11 Uhr machte der überwachende Lieutenant den Kassierer des Herrn Gnadt darauf aufmerksam, daß es schon über die Postzeit sei und kein Bier ausgeschenkt dürfe, widrigenfalls der Lieutenant von dem Fall Meldung machen müsse. Schluß der Versammlung 12 Uhr.

Soziale Uebersicht.

Hottbus. Der in Nr. 4 des „Berl. Volksbl.“ mitgetheilte Streik der Weber von Grovermann und Hoppe ist zu Gunsten der Streikenden beendet.

Theater.

Donnerstag, den 16. Januar.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Opernhaus. Wilhelm Tell.
Opernhaus. Die Kreuzschreiber.
Opernhaus. Hamlet.
Opernhaus. Coa.
Opernhaus. Der Königsgarbis.
Opernhaus. Wilhelmshühners Theater.
Der arme Jonathan.
Opernhaus. Die arme Böwin.
Opernhaus. Ultimo.
Opernhaus. Stancies in Afrika.
Opernhaus. Der Fleck auf der Ehr.
Opernhaus. Verolina.
Opernhaus. Flotte Reiter.
Opernhaus. Diphelo, der Mohr von Venedig.
Opernhaus. Feuer in der Mädchenschule.
Opernhaus. Spezialitäten-Vorstellung.
Opernhaus. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Opernhaus. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.

Carlstraße.
Heute, Donnerstag, den 16. Jan., Abends 7½ Uhr:
Große Gala-Vorstellung
unter Mitwirkung der vorzüglichen Künstlerinnen und Künstler.
Die Touristen,
oder: Ein Sommertag am Tegernsee.
Große equestre Original-Pantomime.
Vorführung der 6 großartigen irischen Jagd-pferde durch Herrn Franz Renz, großartige Beduinenspringe. Das Schulpferd Coriolan, geritten von Herrn Oscar Renz. Aufsitzen der Schutzeiterin Miß Mary. Morgen Vorstellung.
E. Renz, Direktor.

American-Theater.

Breslauerstr. 15.
Tägliche Vorstellungen.
Vortrag 1. u. 9 M. — 10 Uhr A.
Kaiser-Panorama.
Zum ersten Male:
Eine Wanderung auf der Insel Hagen.
Zweiter Cyclus: Pariser Weltumsehung.
Reise Sr. Maj. Schiff Gertha.
Eine Reise 20 Bl. Kind nur 10 Bl. Abonn.

Den Genossen
halte ich meine
Masken-Garderobe
bei Bedarf best. empfohlen.
Größte Auswahl! Die Pr.
Bereinen Preisermäßig.
Fr. Pantlin, Nr. 178,
Adalberstr. 93.

Masken-Garderobe
von [516]
F. Stenzel,
Breslauerstr. 118
(früher Nr. 21),
empfiehlt sich den Vereinen, so-
wie Lesern des „Berl. Volksbl.“
Reichste Ausw., bill. Preise.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren.
Cr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstr. 28, Hof part.
Theils, nach Uebereinkunft
eigener Fabrik.

Große öffentl. Wähler-Versammlung

für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis
am Freitag, den 17. Januar a. c., Abends 8 Uhr,
im Marienbad, Sadstr. 35—36.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Ref.: Reichstags-
Abgeordneter B. Liebnecht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es ist nicht jeden Reichstagswähler, zu erscheinen. Der Einberufer.

Leseklub Heine.
Sonnabend, den 18. Januar, Abends 8 Uhr,
im großen Saale der Berliner Brauerei (Zempelhofer Berg)
Wiener Maskenball.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind zu haben bei Heltzerhof, Arndstr. 31; Grube, BelleAlliance-
straße 54; Theurich, Barmwalderstr. 51; Casow, Wartenburgstr. 26; Reichardt, Rurfürstenstr.
Böhm, Friedrichstr. 218.

Die Geschichte der Erde.

Von R. Sommel.
Heft 17.
à Heft 20 Pfennige.
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:
Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von
Max Schippel.
Heft X.
Die Sozialdemokratie
und
der deutsche Reichstag.
Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Wähler.
Preis 15 Pfennige. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstr. Nr. 44.

Alhambra-Theater,
Wallnertheaterstraße 15.
Mit neuen Kostümen u. Dekorationen:
Amorina,
die Marmorbraut
Phantastisch-komisches Zauber-Schauspiel in
12 Bildern von B. Wiebe. Musik von
Theodor Franke.
Entree 30 Pf. Parquet 60 Pf.
I. Balkon 50 Pf. II. Balkon 40 Pf. 3c.
Anfang Wochentags 7½ Uhr.
Sonntags Anfang des Concerts 6 Uhr,
der Vorstellung 7½ Uhr.
Montag, den 20. Jan., neu einstudiert:
Die Witze aus Lowood.
Wo gehen wir hin?
Zu **Luhm,** Brandenburgstr. 11.
Mittagstisch, Suppe, Braten, Kompot und Bier,
immer noch für 40 Pf. bei mir.
„Berliner Volksblatt“ und „Berl.
Volkstribüne“ liegen aus. 678

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 16. Januar, 2 Uhr.

Amische des Bundesrats: v. Döttcher.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der von den Abgeordneten und Rikert eingebrachte und von der freisinnigen Partei unterstützte Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Wahlgesetzes. Darnach soll das Wahlverfahren folgendermaßen gestaltet werden: Der Wähler nimmt beim Betreten des Wahllokals von dem Wahlvorsteher oder einem von demselben Beauftragten einen emlich gestempelten Umhlag in Empfang und begibt sich damit in einen der Beobachtung unzugänglichen, aber mit dem Wahllokal unmittelbar in Verbindung stehenden Raum, woselbst er seinen Stimmzettel in den Umhlag steckt und denselben verschließt. Dann übergibt er diesen Umhlag dem Wahlvorsteher, welcher denselben in die Wahlurne legt.

Abg. Rikert: Wir haben, obwohl wir unter dem Titel der „Bürgerlichkeit“ stehen, wie das sogenannte nationale Wahlgesetz behauptet hat, seinen Anstand genommen, diesen Antrag vor Sie zu bringen. Wir glauben, daß der Reichstag unseren Antrag als einen wirklich ernst gemeinten betrachten wird, selbst nachdem der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ die Äußerungen der „Kön. Ztg.“ in seinen Spalten zum Ausdruck gebracht hat. Dieses Blatt steht überhaupt auf einem Niveau in seinem politischen, nichtmoralischen Theile, das kaum von irgend einer Wankelpasse erreicht wird. Die unheimlichen und schrecklichen Nachrichten der Kartellblätter werden im „Reichs-Anzeiger“ abgedruckt. Ich weiß nicht, ob der anwesende Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums einen Einfluß auf dieses Blatt hat. Man sollte doch in dem Abdruck von Prechtstimmen eine Auswohl treffen und nicht abdrucken, was auf der Höhe der Ehrlichkeit und Würde steht. (Lachen rechts.) Die bodenlose Unwissenheit (Hört! hört!) welche sich in einem gewissen Theile der Presse bei der Behandlung dieses Antrags kundgegeben hat, ist allerdings kaum zu übersehen. Eigenthümlich ist nur, daß dieselbe „K. Z.“ die die Schritte von Ausdrücken wie „Angstkomme“ für die Wähler u. s. w., wenige Tage, nachdem sie den erwähnten Artikel geschrieben, die Beschreibung eines britischen Wahlvorganges mittheilen mußte, der sich vollständig deckt mit dem, was wir hier vorgeschlagen. Nachdem ich den wichtigsten Theil dieses Antrages in der „Nation“ veröffentlicht hatte, sind mir eine Reihe von Zustimmungserklärungen zugegangen. Der Lebenswürdigkeit eines Amerikaners verdanke ich spezielle Mittheilungen, und auch das Buch, welches ich in der Hand habe und das über die australische geheime Abstimmung handelt. Ich habe daraus erst erfahren, daß diese Ausgabe fast in der ganzen Kulturwelt einen weiten Spielraum einnimmt. In den Vereinigten Staaten sind derartige Bestimmungen fast wörtlich so eingeführt, wie wir vorgeschlagen. In Australien, in den englischen Kolonien, gilt ebenfalls ein ähnlicher Wahlmodus. Soll das allgemeine, direkte Wahlrecht zur Wahrheit werden, dann müssen die Wähler in die Lage gesetzt werden, bei der Stimmabgabe nicht bloß die Meinung des Herrn Ministers, oder des Landraths, oder des Gendarmen, oder des Arbeitgebers kundzugeben, sondern ihre eigene. Ein solcher Schutz des allgemeinen und direkten Wahlrechts ist um so notwendiger, als die Kartellmajorität die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängert hat, um eingeständenermaßen die Einwirkung der Wähler möglichst loszuwerden. Das allgemeine direkte Wahlrecht hat in Deutschland, verstehen wir uns das nicht, sehr einflussreiche Gegner. Unvorgesehnen sind die Verhandlungen, welche wir bei dem Antrage auf Einführung des geheimen Stimmrechts in Preußen 1883 gehabt haben. Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Herr von Puttkamer, erklärte damals im Namen der Regierung die gegenwärtige Wahl geradezu für eine Gefahr für das Vaterland, für die Krone und für die Monarchie. Das Geheimniss der Wahl führe in der letzten Konsequenz zur politischen Zersplitterung und zur Unheilbarkeit. Die Regierung werde Alles daran setzen, um das geheime Wahlrecht in Deutschland abzuschaffen. Es ist kein Zweifel, daß die Regierung keine Meinung theilte und noch theilt. Also Vorsicht! Der Führer der konservativen Partei, Herr v. Rauchhaupt, bezeichnete die geheime Abstimmung als die Negation jeder Autorität und im Mindesten als die Negation der Autorität der Krone. Wir meinen nun, daß die Abschaffung der geheimen Stimmabgabe geradezu die Zerstörung des allgemeinen und direkten Wahlrechts bedeutet. Wir sind deshalb seit Jahren bestrebt gewesen, Garantien zu schaffen, welche alle Qualitäten und Schwächen seitens der Beamten unmöglich machen. In dem gleichen Sinne ist auch die nationalliberale Partei im Reichstoge thätig gewesen. Schon 1869 beantragte Sembart, unterstützt von Demissen, die Einführung von Luverit, 1877 wurde ein ähnlicher Antrag von den Sozialdemokraten und der Volkspartei eingebracht. 1875 verlangte der Abg. Böhl eine Revision des Wahlgesetzes; er plädierte dafür, daß für die Geheimhaltung der Wahl durch Zettel besser geforgt werde, als bisher, ferner dafür, daß die Wahlkreise erweitert würden. Namentlich auf dem Punkte sei eine geheime Abstimmung fast unmöglich. In Württemberg bestand bis 1883 die Abstimmung, daß jeder Wähler in eigener Person im Wahllokal seinen Stimmzettel in einem emlich abgestempelten Koveri verschloß dem Wahlvorsteher übergeben mußte. Aus rein formalistischen Gründen wurde die Bestimmung aufgehoben. Im vorigen Jahre wurde die Regierung in einer Resolution aufgefordert, diesen Wahlmodus wieder einzuführen. Die Koveris allein bieten jedoch nicht, der Wähler muß einen Augenblick allein sein dürfen, um seinen Stimmzettel unbeschadet in das Koveri legen zu können. Dieses Mittel schlagen wir Ihnen vor. Es giebt eine wahre Kunst, die Wähler zu kontrolliren, namentlich auf dem platten Lande. An der Farbe, der Qualität des Papiers, der Größe der Stimmzettel sind diese zu erkennen; vielfach zeichnen die Wahlvorsteher sie dadurch, daß sie ihnen, wenn sie sie den Wählern abnehmen, mit dem Daumen einen Kniff geben. Das Wahlkomitee der Kartellpartei in Saarbrücken hat bei der letzten Wahl anordnet, daß die Stimmzettel erst kurz vor der Wahl verteilt werden sollten, damit deren Form, Farbe des Papiers u. s. w. nicht mehr von Anderen nachgemacht werden könnte. (Hört! hört! links.) Dadurch wird das wichtigste Recht, das der geheime Wahl, beseitigt. Ich wiederhole den früher gemachten und von einzelnen Wahlkomitees auch schon befolgten Vorschlag, daß alle Wahlkomitees ihre Wahlzettel gemeinsam in einer Druckerei von gleichem Papier und gleicher Farbe herstellen lassen. Der Abg. Windthorst war damals gleich damit einverstanden. Ich fordere alle Parteien des Reichstoges auf, in einer gemeinsamen öffentlichen Kundgebung alle Wahlkomitees zu diesem Vorgehen zu veranlassen. Dadurch würde das Bewußtsein der Wähler gehoben, daß sie in ihrem Wahlrecht geschützt sind. Bei der Wahl des Abgeordneten Hartmann

mußten die Arbeiter nach Kommando mit dem Stimmzettel in der erhobenen Rechten an den Wahlstisch marschiren. In Rattowitz sollen ähnliche Dinge vorgekommen sein. Die letzte Nachwahl in Pommern beweist gleichfalls, wie notwendig es ist, die geheime Wahl mit besseren Garantien zu umgeben. Auch bei der Wahl des Abg. Falkenberg wurden Arbeiter in Reih und Glied in das Wahllokal geführt, nachdem ihnen die Stimmzettel für Falkenberg in die Hand gedrückt waren. Man wendet gegen unseren Vorschlag ein, es sei unausführbar und mache zu viel Kosten, wenn jeder Wähler eine kurze Zeit lang allein in einem Nebenraum sich aufhalten solle. Es handelt sich hier aber um die wichtigste Grundfrage unseres konstitutionellen Lebens, ohne deren Wahrung unsere Verfassung nur ein Schein wäre. In jedem Wahllokal ließe sich ohne große Kosten ein einfacher Verhlag, eine sogenannte „Angstkomme“ einrichten. (Weiterkeit.) Ja, es ist schon manches erst bespöthelt und nachher doch ausgeführt worden. Es soll das Zeichen eines freien Mannes sein, wenn er den Muth hat, seine Stimme öffentlich abzugeben. Diesen Muth lenn man von einem abhängigen Beamten nicht verlangen. Ich habe die feste Zuversicht, daß der Reichstag alles daran setzen wird, unser Wahlrecht und namentlich das Geheimniss der Wahl mit den nöthigen Garantien zu umgeben. Dadurch wird er in den Massen der Bevölkerung, deren Macht in dem gleichen, geheimen Wahlrecht liegt, das Vertrauen besfestigen, daß die bürgerlichen Parteien wirklich noch ein Herz für die volle Durchführung der Wahlfreiheit und der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes haben. (Beifall links.)

Abg. Strudmann (nl.): Niemand im Hause wird den Wunsch haben, auf Grund eines gefälschten Wahlergebnisses hier zu sein; Aller Wunsch wird es deshalb sein, daß das geheime Wahlrecht gewahrt bleibe. Diejenigen, welche hier so eifrig befürworten, den Einzelnen frei abstimmen zu lassen, sollten aber jeder in seinem Kreise dafür sorgen, daß dies in jeder Beziehung, nicht bloß in Bezug auf die Stimmzettel, zum Ausdruck komme. Es mag bei der bisherigen Art der Stimmabgabe vorgekommen sein, daß in gänzlich unzulässiger Weise darüber eine Kontrolle zu üben versucht ist, wie der Einzelne seine Stimme abgegeben hat, vielleicht manchmal auch mit Erfolg. Mit der Behauptung eines solchen Mißbrauchs wird allerdings vielfach selbst Mißbrauch getrieben. (Sehr richtig! rechts.) Die weitaus größte Mehrzahl der Behauptungen über unzulässige Wahlbeeinflussungen in den Wahlprotesten hat bei ihrer Prüfung vor der Wahrheit nicht bestehen können. (Sehr richtig! rechts.) Das jetzige Wahlsystem sichert freilich nicht vollständig die Freiheit der Wahl; die einzelne Partei kann ein besonderes Papier nehmen, und dergleichen. Infolge dessen kann sich in weiten Kreisen unserer Wähler ein Mißtrauen gegen unser Wahlsystem geltend machen, und man wird erwägen müssen, ob diese Mängel nicht zu beseitigen sind. Dazu ist meine Partei geneigt. Die Vorschläge zur Verbesserung des Systems müssen aber so sein, daß nicht dieselben Bedenken wie bisher entstehen, oder gar noch stärker hervortreten. In Württemberg sind die Wahllokalvorstände im Jahre 1882 nicht aus formalen, sondern ganz materiellen Gründen beseitigt worden, weil sie das Wahlgeschäft erschweren und verzögerten, das Wahlgeschäft nicht besser wahren und zu Wahlanfechtungen Anlaß boten. Je mehr Formen, die doch alle gewissenhaft beobachtet werden müssen, in einem Wahlgeschäft geschaffen werden, desto leichter ist die Wahlanfechtung. Die Wahlprüfungskommission, die schon jetzt genügend zu thun hat, würde mit einer Anzahl von neuen Wahlanfechtungen der kleinlichsten Art beschäftigt werden. An vielen Orten, namentlich auf dem Lande, würden die Vorschriften des Antrags Rikert auch gar nicht durchzuführen sein. An Orten, wo jeder Mensch weiß, wo dort durchweg gewählt wird, würde es den Leuten lächerlich vorkommen, wenn sie gezwungen würden, in eine besondere Kammer einzutreten und zu wählen, und sie würden es einfach nicht thun. Das Hineinreden des Wahlzettels in ein Koveri ist auch für manche Leute nicht eine so leichte Arbeit (Lachen links), z. B. für Arbeiterhände, die an größere Arbeit gewöhnt sind. Gegenwärtig kommen am Wahltage um 5 Uhr oft noch Hunderte, um ihre Stimme abzugeben. Da in der abgetrennten Kammer immer nur einer sein soll, so kann dieser wenn er will, das ganze Wahlgeldstück aufhalten. Ihr formalistisches System häuft Formen auf Formen, sie quälen damit nur das Volk und die Wähler und erreichen schließlich nichts anderes als eine große Masse von Wahlanfechtungen. Wir sind aber bereit, mit Ihnen in Ermägungen einzutreten, ob das bisherige Wahlsystem an Mängeln leidet und event. Vorschläge zu machen. Nur geht dieses hier im Plenum nicht an. Wollen Sie aber einen Antrag auf Kommissionsberatung einbringen, so werden wir uns nicht widersetzen.

Abg. Barth: Die Bedenken des Abg. Strudmann sind grundlos; es hat wenige Anträge gegeben, die tabellarisch waren. (Weiterkeit rechts.) Eine ganze Reihe von Kulturstaaten hat bereits gesetzlich eingeführt, was wir hier vorschlagen, zum Theil Länder, die in der Kultur sonst nicht höher stehen wie wir, so die australischen Kolonien. Dort bestehen die Vorschriften, denen man hier unüberwindliche Schwierigkeiten beibringt, seit mehr als 30 Jahren und haben sich vollständig bewährt. Aber auch in England besteht ein Gesetz seit 1872, das sich wesentlich mit unseren Forderungen deckt, ebenso in den meisten Staaten Nordamerikas. In Massachusetts ist im Allgemeinen anerkannt, daß alle früher dort vorgekommenen Wahlbeeinflussungen nach Einführung der neuen Wahlvorschriften beseitigt sind. Auch in Konnetikut ist man mit dem neuen System allgemein zufrieden. In Norwegen bestehen seit sechs Jahren ganz genau dieselben Vorschriften, die unser Antrag einführen will. Der Deutsche leidet nicht so weit hinter den angeführten Nationen zurück, daß er diesen Bestimmungen nicht genügen könnte. Mit Ihrem prinzipiellen Zugeständniß haben Sie anerkannt, daß ein Bedürfniss vorliegt, die Freiheit der Wahl zu sichern. Mit Ihren Ermägungen wollen Sie nur verhindern, daß Sie eine prinzipielle Sicherung des geheimen Wahlrechts überhaupt nicht wollen. (Unruhe.) Formalitäten haben Sie mit Ihrem Invalditäts- und Altersversicherungsgesetz weit größere geschaffen. Wollen Sie wirklich eintreten für unsere Forderungen, so thun Sie es hier im Plenum, nicht in der Kommission. Jedenfalls wünschen wir von Ihnen eine deutliche Äußerung noch vor den Wahlen: He! Rhodus, he! salta! Einwendungen wie die, daß der deutsche Wähler nicht verstehen würde, den Zettel in ein Koveri zu stecken, müßten diesem einen kaum glaublichen Grad von Stupidität zu. Ein abgetrennter Raum neben dem eigentlichen Wahllokal findet sich auch in der letzten Dossifikation. Schwierigkeiten können für den schleunigen Fortgang der Wahl auch heute durch Störenfriede und Beunruhigte hervorgerufen werden. Es ist ja vorgelommen, daß ein renitenten Wähler dem Wahlvorstand das Tintenfaß ins Gesicht warf. Im Staate Rom ist übrigens vorgeschrieben, daß ein Wähler höchstens 5 Minuten in dem abgetrennten Räume bleiben darf. Sind Sie wirklich prinzipiell geneigt, eine Sicherung des Wahlrechts vorzunehmen, so machen Sie prinzipielle Vorschläge! Wir

werden sie wohlwollender prüfen, als der Abg. Strudmann unseren Antrag geprüft hat.

Abg. Müller (Marionwerder): Wir können keiner Partei das Recht koncediren, ein größeres Interesse für die Sicherung des geheimen Wahlrechts in Anspruch zu nehmen, als wir es haben. Nach meinen Erfahrungen in der Wahlprüfungskommission hat der Gebrauch solcher Ausfälle, wie die Verletzung der Stimmzettel mit geheimen Kennzeichen, der Partei immer am meisten geschadet, die sie anwendet. Auch uns liegt daran, daß der unwahren Unterstellung, daß unsere Partei oder uns befreundete Parteien auf eine Verletzung der geheimen Abstimmung hingewirkt oder auch nur gerechnet haben, die Unterlage entzogen werde, auch der agitatorischen Ausbreitung dieser Unterstellung. (Sehr richtig! rechts.) Nach der heutigen Debatte scheint es fast, als ob die freisinnige Partei darauf rechnet, daß ihr Gesetzentwurf schon bei den bevorstehenden Wahlen angewendet werden soll. (Abg. Rikert: seit November!) Es läßt sich aber unschwer nachweisen, daß der Entwurf, wie er vorliegt, ohne umfassende Unterstellung nicht ausgeführt werden kann. Nach der jetzigen Fassung würde eine nicht unerheblich Anzahl von Staatsbürgern ihres Wahlrechts theilhaftig beraubt werden (Hört! hört! rechts), nämlich die Greise, Krüppel, und Blinden, die nicht allein zum Wahlstisch gelangen können und denen man es doch als besonderen Patriotismus angerechnet hat, wenn sie ihr Wahlrecht ausüben. Sie (links) bezeichnen es doch immer als ein Verbrechen auf die Wahlfreiheit, wenn dem kleinsten Bruchtheil der Staatsbürger die Möglichkeit entzogen wird, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. (Sehr gut! rechts.) Wollte man gar die Wahlkreise vergrößern, so würde man es dem großen Theil der ländlichen Bevölkerung im Osten unmöglich machen, sein Wahlrecht auszuüben. Bei größeren Wahlbezirken und Entfernungen würde die Ausübung des Wahlrechts der armen Leute ungemein erschwert werden. (Uebhafte Zustimmung rechts.) Durch diese Abstimmung wäre außerdem die Geheimhaltung der Abstimmung nicht besser gesichert, als es bisher der Fall war. Wird die handschriftliche Verhüllung der Zettel zugelassen, so kann der Arbeitgeber sehr wohl kontrolliren, ob die Arbeiter seinem Beschele gefolgt sind oder nicht. Wo soll man ferner auf dem Lande abgetrennte Räume heranziehen? Das mag in dem reichen Belgien oder in England möglich sein. Im Osten giebt es keinen Distrikt, welcher diesen Anforderungen genügt. (Zustimmung rechts.) Was jetzt benutzt man die Schullokale zur Wahl. Wollte man dieser Vorkehrung zugeben, so müßte man mindestens die Lehrerwohnung dazu nehmen, oder gar das Herrchenhaus zu Hilfe nehmen, was man doch bisher, um jede Wahlbeeinträchtigung zu vermeiden, hat. Welche Fülle von Wahlprotesten könnte daraus hervorgehen, daß der getrennte Raum angeblich nicht genügend abgeschlossen ist. Ich befreite aber auch das Bedürfniss zu solchen Vorkehrungen. Die mißbräuchliche Beschränkung der geheimen Abstimmung durch gekennzeichnete Stimmzettel ist eine Verletzung der schon geltenden Gesetze auch nach Ansicht der Wahlprüfungskommission. Ich lege großen Werth darauf, daß man nicht eine Einrichtung schafft, die förmlich darauf berechnet ist, ein Mißtrauen zu züchten, wo es nicht vorhanden ist. Unsere Dienstboten und Arbeiter richten sich bei uns nach der Empfehlung ihres Brotherrn, nicht aus Furcht vor Strafe, sondern weil sie ihn für den erfahrungsten halten. Dieses Vertrauen untergraben Sie durch eine so künstliche Einrichtung, mit der Sie das souveräne Volk in die Angstkammer sperren, um sein Wahlrecht auszuüben. Deshalb werden wir gegen den Antrag stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich begreife vollkommen, daß die dominirenden Parteien den jetzigen Zustand als genügend erachten. Meine Partei hat aber während der ganzen Zeit des Kulturkampfes mit dem geheimen Wahlrecht so bittere Erfahrungen gemacht, daß wir jedes Mittel willkommen heißen müssen, was die geheime Abstimmung sichert. Ich bin prinzipiell und die Sache ideal aufgefaßt, für die öffentliche Abstimmung. (Hört! hört! rechts.) Zu meinem Bedauern aber habe ich hier in Berlin erst gelernt, daß das absolut unausführbar ist. Ob die vorgeschlagenen Bestimmungen im Einzelnen zutreffend sind, will ich in diesem Augenblick nicht entscheiden. Ich weise nur darauf hin, daß ähnliche Bestimmungen in Belgien eingeführt sind und sich gut bewährt haben. Will der Vorredner behaupten, daß unsere Landesleute im Osten weniger gebildet sind, als die Wähler in Belgien? Und ist es wirklich so ungeheuer konservativ, es bei dem Alten zu lassen? Das wäre doch eine Kurzsichtigkeit, die die meine übertrifft. Es wird die Zeit nicht fern sein, wo sie nach Garantien suchen werden für diejenigen, die anders abstimmen, als die Sozialdemokraten es wollen. Um die freie Wahl vor dem Terrorismus der Parteien zu schützen, möchte ich Ihnen empfehlen, die hier gegebene Anregung nicht ohne weiteres zurückzuweisen. Auch die jetzt bevorstehenden Wahlen werden davon einen Nutzen haben. Man wird sich daran erinnern, daß die Arbeiter auch Rechte, nicht nur Pflichten haben. Für heute begnügen wir uns mit der gegebenen Anregung. Der nächste Reichstag wird die Entscheidung bringen. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Hegel (dronf.): Im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Freisinnigen wohl die Einführung der geheimen Wahl beantragt, aber die freisinnigen Vertretungen der Städte haben nie an eine solche Reform des Wahlrechts für die Stadtverordnetenwahlen gedacht. Da freuen sich die Herren ihres Besizes. An der Abstellung der erwähnten Mißbräuche haben wir dasselbe Interesse wie die Antragsteller, größer aber sind noch die Mißbräuche bei der Agitation, wenn lägenhafte Behauptungen über die Absichten der Regierung in den Wahlkampf geworfen werden und so Aufregung und Mißtrauen im Volk herbeigeführt wird. Bei der Wahl des Abg. Weßky und auch bei Anderen haben ja die Oppositionsparteien verbreitet, das Septennat bedeute eine siebenjährige Dienstzeit. (Lachen links.) Die vorgeschlagene Abhilfe der Mißbräuche ist unausführbar und auch überflüssig. Der Abg. Meyer (Galle) hat ja bei seiner Wahl den Arbeitern zur Verhinderung der Kontrolle das einfache Mittel vorgeschlagen, auf gegnerischen Stimmzetteln den gedruckten Namen auszufüllen und den seinigen darauf zu schreiben. Die speziellen Vorschriften des Antrages werden so oft nicht beachtet werden, daß wir vor lauter Wahlprotesten keine Wahl mehr für gültig erklären könnten. Der Ausführung des Antrages stehen zu viele Schwierigkeiten im Wege. Eine Kommissionsberatung würde in dieser Session nicht mehr zum Ziele führen, wir lehnen deshalb den Antrag, dessen gute Meinung wir anerkennen, ab.

Abg. Münch (deutschfr.): Den Erfolg hat der Antrag gehabt, daß das Prinzip desselben allseitig anerkannt ist. Alle Parteien wollen das Geheimniss der Wahl gewahrt wissen, und nur in den Mitteln dazu gehen sie auseinander. Wahlbeeinflussungen sind nur denkbar, wenn ihre Wirkung hinterher kontrollirt werden kann. Könnte das Geheimniss der Wahl wirklich absolut gewahrt werden, so würden die Wahlproteste nicht häufiger, sondern gerade geringer werden. Es fragt sich nur: Ist das jetzige System besser oder das von uns vorgeschlagene?

Das das jetzige System nicht ausreicht, darüber verliere ich weiter kein Wort. Durch unseren Vorschlag würde, so meint man, Mißtrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter getilgt, manches patriarchalische Verhältnis werde gestört, bei welchem der Arbeiter bei der Wahl gern der Autorität seines Brotherrn gefolgt sei. Die Freiheit, der Autorität zu folgen, bleibt auch bei unserem System bestehen, und der, welcher die Autorität übt, wird sich noch mehr darüber freuen, wenn der Arbeitnehmer ohne äußeren Zwang derselben folgt. Ausführbar ist der Antrag. Eine Kommissionsberatung wird kein schätzbare Material liefern, denn was wir von nationalliberalen und konservativen Seite gehört haben, besteht nicht auf fruchtbare Ideen hin. Einige technische Schwierigkeiten werden sich leicht beseitigen lassen. Es wird sich schon ein Mittel finden, einen Bötwilligen, der zu lange in dem Raum bleibt, zu entfernen. Die Befürchtung, daß ein Wähler alle in dem Raum liegenden Wahlzettel mitnehmen könnte, ist leicht zu beseitigen. Es werden dann neue Zettel hinzugelegt. Durch eine spanische Wand oder einen Vorhang ist leicht ein unbeobachteter Raum hergestellt. All die vorgekommenen Mißbräuche, wie der Unflug, die Leute mit hochgehobenen Stimmzetteln an die Urne treten zu lassen, sind ungebührliche Dinge. Seit gestern weiß man, daß ungebührliche Dinge auch erlaubt sein können. Wir wollen, daß sie unerlaubt sind und womöglich auch strafbar. Die wissenschaftliche Verletzung des Wahlgeheimnisses sollte strafbar sein. Das Kowert ist nicht die Hauptsache, sondern der abgeschlossene Raum; in diesem wird das eigentliche Wahlgeschäft vollzogen. Wenn wirklich auf allen Seiten des Hauses der gute Wille vorhanden ist, das Wahlgeheimnis zu schützen, dann könnten die Herren — wir sind auf unsere Redaktion des Gesetzes nicht stolz — ihre Amendements zur zweiten Lesung noch stellen. Wir könnten dann das Gesetz vielleicht noch zur nächsten Wahl fertig bekommen, und das wird doch für alle diejenigen, die wiederzukommen hoffen, gewiß von dem größten Werte sein. (Beifall links.)

Abg. Singer (Soz.): Die Bedenken gegen den Antrag haben nur den Zweck, das Gesetz hinauszuschieben. Die jetzige Majorität mühte ja mit sich selbst aufzuklären wollen, wenn sie dem Vorschlag zustimmte; denn sie ist nur dadurch zu Stande gekommen, daß man 1887 trotz der bestehenden geheimen Wahl in der denkbar reinsten Weise das geheime Wahlrecht verleiht hat. (Oho! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir haben das ja erst gestern bei der Wahl des Abg. Welsky und früher bei anderen Wählprüfungen deutlich nachgewiesen bekommen. Dem Abg. Müller hätte bekannt sein können, daß bei der Wahl seines Fraktionsgenossen v. Stumm das Wahlgeheimnis nicht allseits gewahrt geblieben ist; aus den Treppen zum Wahllokal und in diesem selbst haben die Beamten gestanden, die Arbeiter sind unter strengster Kontrolle an den Wahlstisch geführt worden, und keiner von ihnen hätte es gewagt, einen anderen Stimmzettel als den, der ihm von seinen Vorgesetzten einhändig übergeben war, abzugeben. Wenn nicht in den herrschenden Kreisen das Bewußtsein Eingang findet, daß sie kein Recht haben, aus ihrer wirtschaftlichen oder politischen Nachstellung heraus auf die Wähler einzuwirken, werden auch die besten Gesetze eine Verletzung des Wahlgeheimnisses nicht verhindern. Ich weiß nicht, wie von dem Antrage das Entstehen eines Mißtrauens zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern zu befürchten ist. Die Arbeiter selbst in Öpreußen beklagen den patriarchalischen Zustand als eine schwere Last. Wir werden für den Antrag und die zweite Lesung im Plenum ohne Kommissionsberatung stimmen. Die kühle Stellung der Regierung gegenüber den Minoritätsanträgen in Bezug auf den Arbeiterlohn wird sich freilich auch hier geltend machen. Alle Parteien haben das Bedürfnis gehabt, dem Lande auszusprechen, daß das Geheimnis der Wahl gewährleistet werden soll. Der Haupterfolg der Diskussion liegt darin, daß, nachdem auch die Herren von der rechten Seite sich für die geheime Wahl ausgesprochen, die Versuche gegen das geheime Wahlrecht anzukämpfen, beseitigt sein werden.

Abg. v. Roszinski (Pole): Im Namen meiner politischen Freunde erkläre ich die vollständigste Sympathie mit dem Antrage. Die Wahlbeeinflussungen haben in keinem Landestheile so zugenommen, wie bei uns im Osten. In den polnischen Theilen der Monarchie kommt es sehr oft vor, daß deutsche Grundbesitzer ihren polnischen Arbeitern gekennzeichnete Wahlzettel verabfolgen lassen, sich bezüglich der andern stimmenden förmliche Drohstrafungen ansetzen und dann unbarmherzig entlassen. Wir begrüßen deshalb den Antrag mit Freuden und werden für ihn stimmen.

Die Diskussion wird geschlossen. Im Schlusswort bemerkt **Abg. Richter:** Wenn der Abgeordnete Singer meint, daß mit der Beratung unseres Antrages hier die Hauptsache noch nicht gethan ist, so ist es doch ein erfreuliches Omen, daß während der ganzen heutigen Beratung der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums von Böttcher anwesend gewesen ist, obgleich es sich nur um einen freiwilligen Initiativvortrag handelt. Wenn der Reichstag erst einen Beschluß gefasst hat, wird Herr v. Böttcher auch gewiß seinen Einfluß für uns einbringen. Den Rednern von der rechten Seite, die uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir den Antrag erst heute zur Beratung bringen, sage ich, daß wir den Antrag bereits im Anfange der Session gestellt haben. (Zwischenruf des Abg. Seibel.) Herr Seibel meint...

Präsident v. Tschadow: Herr Seibel hat gar nichts gemeint! (Stürmische Gerüst.)

Abg. Richter (fortgesetzt): Ich habe zu der nationalliberalen Partei noch immer Zutrauen, denn eine nationalliberale Autorität aus der württembergischen Kammer, Herr Sachs, hat sich im entgegengekehrten Sinne wie Herr Strudmann ausgesprochen. Wer die Reden der Herren von der Rechten richtig zu interpretieren versteht, wird anscheinend ihr Mißtrauen gegen das geheime Wahlrecht überhaupt daraus erkennen. Herr von Rauchhaupt und der frühere Minister von Puttkamer haben ihre Abneigung gegen das bestehende Reichstagswahlrecht deutlich zu erkennen gegeben.

Da ein Antrag auf Kommissionsberatung des Entwurfs nicht gestellt ist, wird die zweite Beratung im Plenum stattfinden.

Der von dem Abg. Richter eingebrachte Gesekentwurf, betreffend die Abänderung der Militärstrafgerichtsordnung wird unter Annahme eines redaktionellen Antrages des Abg. Klemm (Soz.) nach unerheblicher Debatte in dritter Lesung definitiv angenommen.

Nach 5 Uhr verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Stat.)

Lokales.

Der Beginn der Auslegung der Listen für die bevorstehenden Wahlen zum Reichstage ist auf Donnerstag, den 23. d. M., festgesetzt. Im Anschluß hieran bestimmt der Magistrat, daß die Listen, welche nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 und des Wahlreglements vom 22. Mai 1870 acht Tage lang öffentlich ausliegen müssen, nicht allein im Wahlbureau, Königstraße 7, Hof 3 Treppen, sondern auch in den sechs Wahlkreisen der Stadt ausgelegt werden. Es geschieht dies: für den ersten Wahlkreis in der Turnhalle des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorotheenstraße 13/14; für den zweiten Wahlkreis in der Turnhalle der 27./44. Gemeindefchule, Wilhelmstraße 117; für den dritten Wahlkreis in

der Turnhalle der 62. Gemeindefchule, Schmidtstraße 33; für den vierten Wahlkreis in der Turnhalle der 18. Gemeindefchule, Kraußstraße 43; für den fünften Wahlkreis in der Turnhalle des Sophien-Gymnasiums, Gormannstraße 4, und für den sechsten Wahlkreis in der Turnhalle der 67. Gemeindefchule, Ackerstraße 28a.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee des Nieder-Bannmer Wahlkreises hat sich nunmehr konstituiert und findet event. Anfragen an den Vorsitzenden Bernhard Lange, Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 31, Sendungen an den Kassier Alfred Rosenkranz, Rummelsburg, Lessingstr. 7a, zu richten.

Im vielfachen Anfragen in der Kranz-Angelegenhelt zu begründen, erteilt Rechtsanwalt Arthur Stadthagen hierdurch mit, daß die Sonderstellung des Sonntags, und zwar bis Ende März, statifanden.

Die Ucania ist gegen 10 Uhr Morgens geöffnet, die Räume derselben sind von 10 Uhr an zu besichtigen, Punkt 8 1/2 Uhr beginnt der Vortrag des Direktors der Sternwarte, Professor Dr. Förster. Nach demselben steht der Zutritt zu dem physikalischen Saal und der Sternwarte den Einzelnen wieder bis nach 10 Uhr frei. Die Billets kosten für die Person 20 Pf., für erwachsene Familienangehörige sind die Billets gleichfalls gültig. Die Billets müssen Wochen vorher bei Herrn Stadthagen von Vorstandsmitgliedern entnommen werden und sind nur für die Mitglieder und erwachsenen Familienangehörigen folgender Vereine gültig:

- Freie Vereinigung der Maurer.
- „ „ Zimmerer.
- „ „ Tischler, Stepper, Vorriecher.
- „ „ chirurgischen Instrumentenmacher.
- „ „ Maler, Lackner und Anstreicher.
- „ „ Graveure, Ziseleure u.
- „ „ Vergolder und Berufsangeh. o.

- Fachverein der Polamentier und Berufsangeh. o.
- „ „ Tischler.
- „ „ Kartonanbeiter.
- „ „ sämtlicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter.
- „ „ für Schlosser und Berufsangeh. o.
- „ „ der Steinrunder und Lithographen.
- „ „ Lederarbeiter.
- „ „ Berliner Baustudateure.
- „ „ Former und Berufsangeh. o.
- „ „ Puher Berlins.
- „ „ in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Allgemeiner Metallarbeiterverein.
Verband deutscher Mechaniker und verwandten Berufsangeh. o.

- „ „ deutscher Gold- und Silberarbeiter.
- „ „ deutscher Zimmerleute (Vokalverband Berlin).

Verein der Einleger.
„ „ gewerblicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

- „ „ zur Wahrung der Interessen der Steinträger und verwandten Berufsangeh. o.
- „ „ zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter.
- „ „ zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher.
- „ „ zur Wahrung der Interessen der Klopferarbeiter.
- „ „ zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer.

Vereinigung der Töpfer.
Verein der Berliner Buchrunder und Schriftgießer.

- „ „ zur Wahrung der Interessen der Tischler.
- „ „ der Möbelpolier.

Freie Vereinigung der im Vergoldergewerbe beschäftigten Frauen und Mädchen.

Freie Vereinigung der Papierarbeiterinnen.
Nähmaschinen- und Mäntelarbeiten.

Arbeiterbildungsverein.
Fachverein der Korbmacher.

Steinmeyer Berlins.

Für den Grünwald hat die Forstverwaltung eine Anordnung getroffen, welche den vielen Tausenden Ausflügler, die den Wald im Sommer zu ihrer Erholung aufsuchen, sehr unliebbar sein wird. Sämtlichen Inhabern von Restaurationslokalen in der Forst ist nämlich aufgegeben worden, die an den Bäumen angebrachten Wegweiserstangen bis zum 15. d. M. zu entfernen. Auf welche Weise ein Ersatz dafür geschaffen werden soll, darüber ist Nichts bestimmt worden, die Wegzahl der Grünwaldbesucher dürfte sich ohne Wegweiser in dem ausgedehnten Forstrevier wohl kaum zurechtfinden. Die interessierten Wüthe haben beschlossen, um Aufhebung der bezeichneten Anordnung zu petitioniren.

Man schreibt der „Post“: „Nebenverdienst für Herren der geistlichen Stande“ — solche und ähnliche Anzeigen findet man oft in Zeitungen. Vor kurzem wandte ich, der Schreiber dieses, „aus Wühlergeder“ mich an die betr. Adresse und erhielt auf meine „pollegenden Kola“ gefandene Anfrage von einem Apotheker L. ein gedrucktes Schreiben, in welchem er mir eine Hauptagentur für seine Präparate anbot. Wie ich aus den Beilagen ersah, handelte es sich um den Vertrieb eines „Universalheilmittels“ gegen Blutleiden, Lungen- und Brustschwindel, Skroful, Rheumatismus, Körperkrebse, Asthma und alle sonstigen Krankheiten. Ferner um den Verkauf von Magnesi, Gurkenmilchsaft, Entschärfungsmittel, Schminke, Puder, Bartweiger, Haarkäufelpomade, Haarschärfmittel, Zahnpulver, Parfüms u. s. w. Ich sollte ein hübsches Stück Geld verdienen, denn der „Gefinder“ offerierte mir 33 1/2 pCt. Provision.

Die Seltzerwasserfabrikation in Berlin liegt nach einem Artikel der „Dsch. Ch. m. l. g.“ sehr im Argen. Es besteht nach dem Zeugnis des Fachblattes hierseits überhaupt nur sehr wenige Mineralwasserfabriken, welche ausschließlich mit destilliertem Wasser und chemisch reinen Salzen nach Analyse des natürlichen Seltzerwassers arbeiten, die sich also auf gesunden Boden bewegen, ihre Fabrikate als das was sie sind, als „künstliches Seltzer“ verkaufen. Ferner bestehen einige Fabriken, welche Destillirungen betreiben, aber nicht nach Analyse des natürlichen Seltzerwassers arbeiten. Reinlichkeit ist die erste Vorbedingung zur Herstellung kohlenstoffhaltiger Getränke, und demzufolge verlangt das Gesetz luftige, gut ventilierte Fabrikationsräume. Wo aber stellen die sog. Fabrikanten teilweise ihre Waare her? Dampfe Kesselverschlüsse neben dem Pferdefall u. das sind ihre Fabrikationsräume. Zwei Mann genügen in derartigen Fabriken für die tägliche Herstellung von 2000 Flaschen Inhalt, während in wirklichen so liden Fabriken allein 3-4 Mann zum Spülen dieser Flaschenanzahl für notwendig befunden werden. Der Gesundheitspolizei bleibt nach der „Dsch. Ch. m. l. g.“ die Aufgabe, die Seltzerfabrikation auf einen gesunden Stand zu setzen, denn nichts könne dem soliden Fabrikanten willkommener sein, als ungeschickliche Durchführung eines (noch zu schaffenden) Gesetzes, dessen praktische Befolgen dem Publikum und einer ehrlichen Industrie zu Gute kommt, einem schwindelhaften Fabrikantenstump aber den moralischen und geschäftlichen Todesstoß versetzt.

Ein sogenannter Goldwarsener treibt seit einiger Zeit in Rummelsburg und Friedrichsberg sein Unwesen. Zu der in letzterem Orte in der Dumenhalstraße wohnenden Gürtlerfrau Kiemeyer kam am Montag ein feingekleideter junger Mann mit einem Mustafasch mit Goldschmuck und bot ihr, indem er ihr erklärte, daß die Gegenstände aus einem Konkurse herrührten und so schnell wie möglich verkauft werden müßten, einige derselben zum Kauf an. Namentlich suchte er

die Frau durch allerhand Manipulationen zum Kaufe eines sogenannten „Kaiser-Friedrich-Brosch“ zu bewegen, den er bei den gediegenen Wertes jetzt für einen wahren Spottpreis verkaufte. Der Preis wurde durch Hin- und Herreden auf 10 Mark vereinbart, den die Frau auch bereitwillig zahlte. Wie es kam, ist aber, als am Abend ihr Mann nach Hause kam und, nachdem er den „Schmud“ gesehen, ihr rundweg erklärte, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen sei, was sie auch bestritt, als der Mann bei dem im Nebenbühnen wohnenden Juwelier den Schmud untersuchen ließ, und diesen denselben als sog. Rupperwaare, die kaum eine Mark wertig sei, bezeichnete.

In der letzten Nummer des „Naturarzt“ — Zeitschrift des deutschen Bundes zur Gesundheitspflege und arbeitslosen Hilfe — findet sich die Nachricht, daß sich auch unter der Arbeitbevölkerung die Mitglieder dieses Vereins mehrten.

Die Parteinahme der Arbeiter für die Naturheilmethode kann sich nur aus dem Umstande erklären, daß sie von denselben Neues und Besseres erwarten, als ihnen die „Medizinheilkunde“ theils wegen Mangel an Kenntniss, theils wegen Voreingenommenheit zu bieten vermöge.

Das einzige Neue, welches diese Heilmethode charakterisiert, ist die prinzipielle Verwerfung der Arzneimittel und die ausschließliche Anwendung von Mitteln, welche als natürliche angesehen werden, z. B. der Luft, des Wassers, der Wärme, der Nahrung u.

Eine solche Stellung findet ihre Berechtigung aber nur in der Voraussetzung, daß die Wirkungsweise dieser Gruppen sich irgendwie gegenüberstehe. Das ist aber keineswegs der Fall, vielmehr unterstützen sich dieselben. Nimmt man z. B. an, daß die Heilung einer langwierigen Nervenkrankheit, welche durch einen Gährungsprozeß im Magen erhalten wird und ihre letzte Ursache in einer schlechten Behandlung des Magens durch Unregelmäßigkeit mit Speisen und Getränken, durch unverdauliche Speisen oder auch in sonstigen Körperkrankheiten liegt. Das Ziel, auf welches hier die Behandlung hinstreben soll, ist Beseitigung des Gährungsprozesses und Wiederherstellung der normalen Thätigkeit des Magens. Die Naturheilmethode will dieses erreichen durch Anwendung der Diät, der guten Luft, der Bewegung, der Bäder, vielleicht noch der Massage und ähnliches. Sie wird damit in vielen Fällen Erfolg haben, in andern wird derselbe ausbleiben. Die „Medizinheilkunde“ sucht einmal den Gährungsprozeß durch Medicamente zu unterdrücken und beseitigt dadurch in ganz kurzer Zeit die Uebelthun, das Aufstoszen, die Appetitlosigkeit, welche ab in jenem ihre Ursache haben, gleichzeitig macht sie durch Diät, und in besonderen Fällen und bei gutwilligen Patienten durch Bäder, Massage, Elektrizität auf Kräftigung des Körpers im Allgemeinen und Hebung der Magenstätigkeit im Besonderen hin. Sie hält also „die natürlichen Heilmittel“ nicht für überflüssig, sondern legt den allerentschiedensten Nachdruck auf dieselben, nur erkennt sie, daß dieselben Grenzen in ihrer Wirksamkeit haben und dann die künstlichen Mittel von unentbehrlicher Bedeutung sind. Sie übt über die letzteren selbst strenge Kritik und sucht alles Bemühen, was dem Arzneischatz zu entfernen. Es hat Zeiten gegeben, wo diese Kritik zum absolutesten Pessimismus führte und man dahin kam, die Krankheiten sich selbst zu überlassen. Das Resultat dieses Verhaltens war eine bessere Würdigung der Behandlung, denn es zeigte sich, daß der Prozentsatz der Sterbefälle in einzelnen Krankheiten sich in ganz bedeutender Weise vermehrte.

Es besteht auch darin kein Unterschied, daß, wie die Naturheilheilkunde meinen, die Arzeneien nur immer auf die Unterdrückung von Symptomen hinwirken, während die „natürlichen Mittel“, indem sie auf den ganzen Körper wirken, die eigentliche Grundursache beseitigen. Beides Jemand an Bandwurm, so ist die Anwesenheit dieses Thieres im Darm die Grundursache des Leidens. Wird durch ein Bandwurmmittel, also ein Medicament, das Thier abgetödtet und aus dem Körper geschafft, so ist damit nicht ein Symptom, sondern die wirkliche Ursache beseitigt. Die Ansicht der Naturheilheilkunde beruht also entweder auf Unkenntnis oder absichtlicher Entstellung.

Eine consequente Durchführung solcher Prinzipien, wie die Naturheilmethode sie vertritt ist überhaupt unmöglich, wenn man nicht alle Thatsachen, welche die Medizin als Grundwissenschaften der Natur heilt und die Statistik mit den allerschwersten Zahlen belegt, z. B. die Einwirkung der antiseptischen Mittel, Karbolsäure, Sublimat und Aderes; alle von Medicamenten, auf die Heilung von Wunden und den Erfolg von Operationen, als offenkundigen Humbug hinstellen wollte.

Die Naturheilmethode beweist sich in der einseitigen Betonung ihres Prinzipes wohl als etwas Neues, nicht aber als etwas Besseres. Denn die Grundlage desselben bildet nicht die vorurtheilslose Prüfung, die unbesangene Beobachtung, welche die einzige Quelle wirklichen Wissens sind, sondern eine absonderliche Achtung für das Mystische, welche hier auf das Natürliche geht. Nur weil die Arzeneimittel künstlich sind und die Mittel der Naturheilmethode natürlich sind, darum sollen die letzteren besser wirken als die künstlichen, darum müssen sie es thun.

Die neue Methode gehört damit zu der großen Gruppe von Erscheinungen, mit welchen die Medizin besonders in früherer Zeit viel zu kämpfen hatte. Ihnen allen gemeinsam ist die einseitige Betonung irgend einer Erfahrung oder Erkenntnis, das Hineinragen von theoretischen und dogmatischen Bestrebungen, sei es, daß sie sich in der Erklärung des Krankheitsbegriffes oder in der Behandlung der Krankheiten bewegen. Mit allen diesen ist die wissenschaftliche Medizin fertig geworden. Sie nimmt ihre Kraft aus dem Prinzip, die unbesangene Beobachtung und die vorurtheilslose Prüfung über Alles zu stellen. Jede Richtung also, welche es unrichtig mit der Wahrheit und mit den Menschen meint, findet ihre Unterstutzung in dieser und braucht nicht sich als eine neue Methode auszusprechen.

Der Arbeiter aber hat kein Interesse daran, Bestrebungen seine Antheilnahme zuzuwenden, welche durchaus zweifelhaften Natur sind. Er vertritt nur sein Interesse und wendet sich von unwissenschaftlichen Dingen ab.

Etwas vom Glücksspiel. Der § 285 des Strafgesetzbuches stellt das Dulden von „Glücksspielen“ in öffentlichen Lokalen Seitens der Wirthe unter Strafe, ohne indeffen eine Definition des „Glücksspiels“ zu geben. Die Praxis des Reichsgerichts hat sich nun dahin gehalten, daß der Begriff „Glücksspiel“, abgesehen von der nicht strengen Bestimmung des Erfolges durch den Zufall, ganz allgemein und ohne jede Rücksicht auf die Verhältnisse der Spieler im Einzelnen, dahin auszuliegen sei, daß es ein Spiel sei, dessen Gegenstand nach allgemeiner gesellschaftlicher Anschauung einen Vermögenswerth darstelle. Das Reichsgericht führt nun in einem Urtheil vom 28. Mai 1889 (Entsch. Band XIX S. 253) weiter aus, daß die Frage, ob aus der Höhe des Einsatzes bezw. möglichen Gewinnes oder Verlustes das Vorhandensein eines „Glücksspiels“ herzuleiten sei, keine thatsächliche, sondern eine den Inhalt des Strafgesetzes selbst betreffende Rechtsfrage sei und daß daher dem Schlichter der Schutz des § 59 des Strafgesetzbuches bei seiner irrthümlichen Annahme, daß es sich bei dem Spiel um einen Vermögenswerth nicht gehandelt habe, nicht zu Gute kommen könne, weil der Irrthum nicht thatsächlich betreffe, sondern den Inhalt des Strafgesetzes selbst. — Der langen Rede kurzer Sinn ist demnach, daß ein jedes Spiel, welches sich als „Glücksspiel“ charakterisiert (die „Glücksspiele“ sind in der Rechtspraxis zum größten Theile bereits festgesetzt) ohne Rücksicht auf die Höhe des Einsatzes oder des etwaigen Gewinnes oder Verlustes in öffentlichen Lokalen nicht geduldet werden dürfen. Von diesem

le ein
er hat
eis un
10 M
Die o
se kan
erklä
was h
beruht
in die
dies
— Sel
d argu
ch un
meint
insof
on de
Religi
wegen
ikrist
die au
sche h
rme, h
nur in
pen h
en. A
lataler
in um
andun
n, das
in hat
besten
insof
meist
r gult
Wohne
3 hant
illman
ent zu
eie bei
che ab
wird
wilt
ältig
bältig
limitt
n Roh
ngen in
Wirt
es über
t Zeit
s führt
erlass
erbuig
sag de
entfald
Ratur
Ratur
natür
len, die
Bamb
am die
Bamb
d aus
andere
turh
schid
wie die
mens
runge
in alle
r am
s; alle
und
n stellen
en Bo
ber als
icht in
welche
me ab
auf das
len die
ssen h
Gruppe
omden
einmal
g oder
ntischen
n Kran
en be
terig
unbe
über
mit
Unter
ethode
ungen
Arbeiter
bet es
gefch
lichen
a eine
des
Beauf
mung
jede
dabin
nach
ward
som
das
So
Jed
doh
seley
dem
nicht
Stral
Sim
spiel
zum
Höhe
en in
felen

Arbete wird ausnahmslos jeder betroffen und dies ist nicht mehr wie recht und billig — gleiches Recht und gleiche Pflicht für Alle. Die „Gastwirths-Zeitung“, das Organ der hiesigen „Gastwirths-Innung“, ist natürlich anderer Meinung. In ihrem Rufe ruft noch die Anschauung von der Verschiedenheit der Menschen, von „bevorzugten Klassen“ u. d. m. und es geht über ihren Horizont, daß die „besseren“ Klassen mit den „niederen“ Klassen in einen Topf gemorrt und vor dem Gesetz „gleich“ sein sollen. Das geht zum mindesten über die Furchen, weshalb sie sich denn auch zu folgenden Auslassungen verheißt: „Wir können uns mit der Theorie des Reichsgerichts in keiner Weise befreunden. Sie gründet sich auf einer „allgemeinen gesellschaftlichen Anschauung“ über den Begriff „Vermögenswerth“. Eine solche „allgemeine gesellschaftliche Anschauung“ existiert aber nicht. Die menschliche Gesellschaft setzt sich aus den verschiedensten Elementen zusammen, deren Begriffe über eine Geldsumme, welche als „Vermögenswerth“ anzusehen sei, von einander ungemein verschieden sind. Wenn ein Gastwirth duldet, daß ein Kreis von Borstenfürsten im Vingt-et-un oder ähnlichen Zufallsspielen um ein paar hundert Mark spielt, so liegt nicht das geringste Verstoß vor, ihm dies zu verbieten und ihn zu zwingen, einzeln seinen Gästen, die einen Hundertmarktschein leichter entbehren können, als ein Arbeiter ein Zehnpennigstück, ihr Unterhaltungslohn zu unterlagen, während von ihm wohl verlangt werden kann, zu verbieten, daß Arbeiter leichtsinnig ihren Wochenlohn, von dem die ganze Familie leben soll, oder auch nur wenige Pfennige, welche ihm aber doch zum Lebensunterhalt nötig sind, verpielen.“ Diese Ausführungen sind in der That höchst interessant und spiegeln sich in ihnen die ganze heutige „Gesellschaftsordnung“ ungeschminkt wieder. Auf der einen Seite der personifizierte Reichthum, die „Borstenfürsten“, welche in der angenehmen Lage sind, zum Zeitvertreib das „erworrene“ Geld mit vollen Händen fortzuwerfen zu können, denen einhundert Marktschein leichter entbehren können, als ein Arbeiter ein Zehnpennigstück, und auf der anderen Seite der verarmte, ausgemergelte Arbeiter, der durch seine Arbeit kaum und nur nothdürftig seinen und seiner Familie Lebensunterhalt zu verdienen vermag, welcher nicht „wenige Pfennige“ entbehren kann, weil sie ihm „zum Lebensunterhalt nötig sind.“ Wenn sich die „Borstenfürsten“ zum Vingt-et-un, zum Tempeln oder sonst einem schönen Glücke, oder Hazardspiel hinsetzen und das Geld haufenweise verpielen, so liegt nach der Meinung des Innungsorganes durchaus kein Grund vor, diesen Herren im öffentlichen Lokale dieses unschuldige Vergnügen zu verbieten, sie haben es ja dazu, das gekostet nur einmal zu den „noblen Pastionen“. Will aber der Arbeiter auch einmal sich eine derartige Unterhaltung verschaffen, will er auch einmal ein Spielchen machen und einige Pfennige gewinnen — ja Bauer, das ist ganz etwas anderes. Der Mensch, weshalb die „Gastwirths-Zeitung“ einen derartigen Unterschied macht zwischen „Borstenfürsten“ und „Arbeitern“ ist sehr leicht zu finden. Einmal ist derselbe in der heute herrschenden Gesellschafts-Anschauung zu suchen, welche den Reichen mit vielen Vorrechten vor den Armen ausstattet, zum zweiten ist dieser Grund aber ein sehr egoistischer. Denn wenn in einem öffentlichen Lokale Borstenfürsten sich hinsetzen, um in aller Gemüthlichkeit ein Jeu zu machen“, so ist leicht einzusehen, daß bei solcher Gelegenheit für den Wirth sehr viel „abfällt“. Ungezähltes „Roth“, „Blau“ oder „Selbstlösen“ werden die Gäste gedrosen, die Champagnerproben knallen u. d. m., mit einem Worte: der Wirth macht kein „Geschäft“ dabei. Und um nicht um ein solches profitables Geschäft zu kommen, liegt nicht das geringste Bedürfnis vor, den „Borstenfürsten“ das Glück- oder Hazardspiel zu verbieten. Spielen aber arbeitslose Arbeiter um wenige Pfennige, so schmecken bei diesen höchstens ein paar Glas Bier, ein paar Schnaps oder einige Schnaps heraus, ein elendes Geschäft, welches nicht in Betracht kommt. Das kann sehr leicht entbehrt werden und die Arbeiter können sich verschren, ohne zu spielen, das ist dem Wirth noch angenehmer, deshalb ist den Arbeitern das Spiel zu verbieten — natürlich nur, um zu verhindern, daß Arbeiter leichtsinnig ihren Wochenlohn, von dem die ganze Familie leben soll, oder auch nur wenige Pfennige, die ihnen aber doch zum Lebensunterhalt nötig sind, zu verpielen! Das Reichsgericht ist, wie gesagt, anderer Meinung, und geht von dem Grundsatz aus, Glücksspiel ist Glücksspiel, gleichviel, wer es spielt, ob Borstenfürsten oder Arbeiter und ob um Geld oder Pfennige gespielt wird, und legt den Wirthen die Verpflichtung auf, ausnahmslos kein Glücksspiel in ihren Lokalen zu dulden. Deshalb kann auch das Innungsorgan nicht umhin, wenn auch schweren Herzens, folgenden Rath zu ertheilen: „Einkneifen werden allerdings in jeder öffentlichen Lokale gut thun, jedes Glücksspiel um Geld in ihren Räumen zu verbieten, da bei der völligen Unschuldigkeit des Begriffes „Vermögenswerth“ das Damoklesschwert einer Anklage aus § 285 des Strafgesetzbuches rechtsgerichtlicher Beizug über ihrem Haupte schwebt.“

Polizeibericht. Am 13. d. M. Nachmittags fiel vor dem Hause Zimmerstr. 35 dem Kollkulturraterr ein Falsch beim Maden auf den rechten Oberarm, so daß er einen Bruch derselben erlitt. — Am 14. d. M. Nachmittags sprang ein 40 Jahre alter Mann in den Sandwehkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charité gebracht. — Der Klempner Fritz Siegel fiel zu derselben Zeit auf dem Neubau des südlichen Krankenhauses am Urban in Folge eines Fehltritts vom Dache des Maschinenhauses etwa 3 Meter hoch herab und erlitt dabei eine Verletzung des Rückgrats. Er wurde nach dem südlichen Krankenhause am Preibschhof gebracht. — Abends geriet der Köpfermeister Wilhelm vor dem Hause Getraudenstr. 14/15 unter die Verdeck eines Omnibus und erlitt anscheinend bedeutende innere Verletzungen. — Am 14. d. M. fanden an vier verschiedenen Stellen kleinere Brände statt.

Arbeiter und Kollegen! Der Streik der Lederfärber der Firma Emanuel Vater hieselbst, Prinzen-Allee 16, dauert fort, weil der betreffende Arbeitgeber seine Gesinnung dahin geändert hat, sich Einzelne aus unserer Mitte herauszufuchen. Da die Lohnkommission am Montag, den 13. d. M., abermals Rücksprache mit dem Arbeitgeber nahm, erklärte derselbe, überhaupt nicht alle streikenden Kollegen wieder einstellen zu wollen, sondern doch er sich nach Bedarf die Leute wählen und einstellen würde, was jedoch von unserer Seite entschieden zurückgewiesen wurde. Wir wenden uns deshalb nochmals an alle Arbeiter und Gesinnungsgenossen mit der Bitte, uns ihr Wohlwollen auch fernerehin zuwenden zu wollen. Briefe nimmt entgegen H. Ramm, Berlin, Prinzen-Allee Nr. 22 (Postal-Bambanken).

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Wahlkreis hielt am Montag, den 13. d. M., bei Jemter, Runghrabe 11, eine Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vierteljahresbericht des Vorstandes. 2. Rosenfischer und Bericht der Redatoren. 3. Vortrag des Herrn Albert Schmidt über: Die Arbeiter und die Wahlen. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Wahlkreis hielt am Montag, den 13. d. M., bei Jemter, Runghrabe 11, eine Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vierteljahresbericht des Vorstandes. 2. Rosenfischer und Bericht der Redatoren. 3. Vortrag des Herrn Albert Schmidt über: Die Arbeiter und die Wahlen. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Wahlkreis hielt am Montag, den 13. d. M., bei Jemter, Runghrabe 11, eine Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vierteljahresbericht des Vorstandes. 2. Rosenfischer und Bericht der Redatoren. 3. Vortrag des Herrn Albert Schmidt über: Die Arbeiter und die Wahlen. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

In eingehender Weise berichtete der Vorsitzende Herr Fritz Berndt über die Thätigkeit des Vereins im verfloffenen Vierteljahre und forderte die Anwesenden auf, sich recht regen an dem Kampfe für die Arbeiter zu betheiligen. Hierauf berichtete der Kassier Herr Post über den Kassenbestand. Derelbe wird von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassier Decharge ertheilt. Zum dritten Punkt, Vortrag, bemerkte der Vorsitzende, daß Herr Schmidt leider nicht erscheinen konnte, wahrscheinlich ist derselbe nach seinem Wahlkreise gereist, um dort in Versammlungen zu sprechen. Hierauf wurde in die Diskussion eingetreten. Derselbe war eine sehr rege und ausgedehnte. Der Kassier nahm zuerst das Wort und kam dabei auf die Wahlen von 1887 zu sprechen, wie der damalige Reichstag zu Stande kam, wie der Kriegsumbruch von den Kartelpartien in die Welt geschleubert wurde, dabei wurde das Volk im größten Maßstabe eingeschüchert. Der Redner bemerkte weiter, wie die Fülle damals zu Stande kam, wodurch die nöthigsten Lebensmittel des armen Mannes vertheuert wurden. Auch auf die bevorstehenden Wahlen kam derselbe zu sprechen und betonte dabei, daß wir jetzt nicht mehr auf 3, sondern auf 5 Jahre wählen, und ist es Pflicht eines jeden Deutschen, am Tage der Wahl nur einem solchen Manne seine Stimme zu geben, welcher gegen alle Fülle und Vertheuerungen eintritt, und sich ein Mann ist unser Kandidat Albert Auerbach. Thue also Jeder seine Schuldigkeit am Tage der Wahl, damit unser Kandidat

2. Ziehung der 4. Klasse 181. Königl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 16. Januar 1889, Nachmittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Vereinfachung beigefügt.
(Ohne Gewähr.)
999 370 96 503 19 24 683 1035 13000 46 21 28 65 452 622 15001
67 768 74 871 85 2066 79 120 211 420 23 46 537 777 840 65 920 3024
140 307 13001 416 89 799 789 959 89 4068 118 232 40 407 612 892 914
5405 50 543 47 699 744 870 6029 124 46 94 239 417 86 639 52 732
60 945 7042 49 138 329 66 477 93 503 9 605 8 13000 8105 15 263
328 61 58 449 15001 73 545 614 16 82 771 816 926 72 9248 63 70 98
379 82 407 40 911 20
10109 27 309 473 506 42 633 702 67 11084 126 56 86 15001 232
308 63 542 914 85 12076 77 540 73 697 730 809 901 13103 203 885
427 698 508 179 876 13001 14126 50 60 344 04 18 94 662 709 916 96
15109 206 51 317 55 418 28 980 520 60 95 609 20 25 81 39 43 920 55
81 16322 80 15001 483 15001 525 607 40 806 917 17117 335 92 460
599 13001 650 773 908 13001 18019 79 94 234 81 551 773 809 67 78 13001
84 944 19127 15001 60 87 236 78 15000 469
00089 135 92 270 339 548 767 11071 164 78 13001 80 288 307 50
411 503 33 1506 68 694 910 13 93 22012 42 50 137 49 13001 310 88
472 501 9 661 13001 824 902 11 20091 132 238 317 400 638 90 836 13001
73 950 24039 15001 81 315 467 89 639 722 92 802 25130 339 446
115000 99 679 681 93 953 20054 127 944 5102 72 601 700 4
22 87 27084 447 67 620 755 22453 508 662 992 13001 20062 124
64 617 70 71 728 802 71 93 922 47 75
00025 152 99 252 372 73 614 30 809 981 31088 101 300 15001 38
445 591 746 905 49 20003 4 155 63 70 233 50 74 351 412 68 647 732
65 11 13001 833 76 954 33216 67 327 41 56 515 13001 764 90 915 25
52 75 24047 306 60 90 470 94 15001 634 745 939 35060 129 62 254
71 511 46 698 691 709 29 866 997 36016 133 232 67 320 409 512 32 86
778 806 82 99 37050 13001 71 13001 122 88 243 309 21 458 549 52
668 567 59 39012 18 497 501 49 52 637 56 715 92 882 15001 39004
127 13001 45 47 267 882 490 527 71 24 696 702 90
00010 81 113 66 269 422 23 72 529 35 638 710 822 934 41090
257 331 578 13001 603 50 74 13001 760 15001 92 42003 91 98 210
399 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 45022 46 117 482 538 99 848 958 40001 7 109 260
82 91 13001 604 523 51 616 861 61 941 47196 207 51 99 866 95 511
26 87 711 13001 902 54 48051 151 87 93 219 23 15001 421 530 616
732 945 49067 203 309 16 92 409 73 701 37 13001 809 74 77
50107 380 511 97 51176 15001 387 630 51 67 869 52041 178 515
15001 19 629 39 44 15001 771 75 806 92 90 53118 407 1 571 70 54045
125 275 842 421 516 74 644 761 87 827 929 42 60666 72 348 58 531
80 69 701 917 50031 34 303 415 503 679 788 991 87137 209 321 40
432 657 734 934 58113 42 68 381 507 817 32 60137 115001 258 301
464 90 873 91 928
00012 73 81 152 93 228 48 15001 89 340 400 38 796 813 43 45 97
945 01043 91 175 98 257 301 500 13001 634 715 865 60015 15001 169
270 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 45022 46 117 482 538 99 848 958 40001 7 109 260
82 91 13001 604 523 51 616 861 61 941 47196 207 51 99 866 95 511
26 87 711 13001 902 54 48051 151 87 93 219 23 15001 421 530 616
732 945 49067 203 309 16 92 409 73 701 37 13001 809 74 77
50107 380 511 97 51176 15001 387 630 51 67 869 52041 178 515
15001 19 629 39 44 15001 771 75 806 92 90 53118 407 1 571 70 54045
125 275 842 421 516 74 644 761 87 827 929 42 60666 72 348 58 531
80 69 701 917 50031 34 303 415 503 679 788 991 87137 209 321 40
432 657 734 934 58113 42 68 381 507 817 32 60137 115001 258 301
464 90 873 91 928
00012 73 81 152 93 228 48 15001 89 340 400 38 796 813 43 45 97
945 01043 91 175 98 257 301 500 13001 634 715 865 60015 15001 169
270 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 45022 46 117 482 538 99 848 958 40001 7 109 260
82 91 13001 604 523 51 616 861 61 941 47196 207 51 99 866 95 511
26 87 711 13001 902 54 48051 151 87 93 219 23 15001 421 530 616
732 945 49067 203 309 16 92 409 73 701 37 13001 809 74 77
50107 380 511 97 51176 15001 387 630 51 67 869 52041 178 515
15001 19 629 39 44 15001 771 75 806 92 90 53118 407 1 571 70 54045
125 275 842 421 516 74 644 761 87 827 929 42 60666 72 348 58 531
80 69 701 917 50031 34 303 415 503 679 788 991 87137 209 321 40
432 657 734 934 58113 42 68 381 507 817 32 60137 115001 258 301
464 90 873 91 928
00012 73 81 152 93 228 48 15001 89 340 400 38 796 813 43 45 97
945 01043 91 175 98 257 301 500 13001 634 715 865 60015 15001 169
270 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 45022 46 117 482 538 99 848 958 40001 7 109 260
82 91 13001 604 523 51 616 861 61 941 47196 207 51 99 866 95 511
26 87 711 13001 902 54 48051 151 87 93 219 23 15001 421 530 616
732 945 49067 203 309 16 92 409 73 701 37 13001 809 74 77
50107 380 511 97 51176 15001 387 630 51 67 869 52041 178 515
15001 19 629 39 44 15001 771 75 806 92 90 53118 407 1 571 70 54045
125 275 842 421 516 74 644 761 87 827 929 42 60666 72 348 58 531
80 69 701 917 50031 34 303 415 503 679 788 991 87137 209 321 40
432 657 734 934 58113 42 68 381 507 817 32 60137 115001 258 301
464 90 873 91 928
00012 73 81 152 93 228 48 15001 89 340 400 38 796 813 43 45 97
945 01043 91 175 98 257 301 500 13001 634 715 865 60015 15001 169
270 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 45022 46 117 482 538 99 848 958 40001 7 109 260
82 91 13001 604 523 51 616 861 61 941 47196 207 51 99 866 95 511
26 87 711 13001 902 54 48051 151 87 93 219 23 15001 421 530 616
732 945 49067 203 309 16 92 409 73 701 37 13001 809 74 77
50107 380 511 97 51176 15001 387 630 51 67 869 52041 178 515
15001 19 629 39 44 15001 771 75 806 92 90 53118 407 1 571 70 54045
125 275 842 421 516 74 644 761 87 827 929 42 60666 72 348 58 531
80 69 701 917 50031 34 303 415 503 679 788 991 87137 209 321 40
432 657 734 934 58113 42 68 381 507 817 32 60137 115001 258 301
464 90 873 91 928
00012 73 81 152 93 228 48 15001 89 340 400 38 796 813 43 45 97
945 01043 91 175 98 257 301 500 13001 634 715 865 60015 15001 169
270 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 45022 46 117 482 538 99 848 958 40001 7 109 260
82 91 13001 604 523 51 616 861 61 941 47196 207 51 99 866 95 511
26 87 711 13001 902 54 48051 151 87 93 219 23 15001 421 530 616
732 945 49067 203 309 16 92 409 73 701 37 13001 809 74 77
50107 380 511 97 51176 15001 387 630 51 67 869 52041 178 515
15001 19 629 39 44 15001 771 75 806 92 90 53118 407 1 571 70 54045
125 275 842 421 516 74 644 761 87 827 929 42 60666 72 348 58 531
80 69 701 917 50031 34 303 415 503 679 788 991 87137 209 321 40
432 657 734 934 58113 42 68 381 507 817 32 60137 115001 258 301
464 90 873 91 928
00012 73 81 152 93 228 48 15001 89 340 400 38 796 813 43 45 97
945 01043 91 175 98 257 301 500 13001 634 715 865 60015 15001 169
270 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 45022 46 117 482 538 99 848 958 40001 7 109 260
82 91 13001 604 523 51 616 861 61 941 47196 207 51 99 866 95 511
26 87 711 13001 902 54 48051 151 87 93 219 23 15001 421 530 616
732 945 49067 203 309 16 92 409 73 701 37 13001 809 74 77
50107 380 511 97 51176 15001 387 630 51 67 869 52041 178 515
15001 19 629 39 44 15001 771 75 806 92 90 53118 407 1 571 70 54045
125 275 842 421 516 74 644 761 87 827 929 42 60666 72 348 58 531
80 69 701 917 50031 34 303 415 503 679 788 991 87137 209 321 40
432 657 734 934 58113 42 68 381 507 817 32 60137 115001 258 301
464 90 873 91 928
00012 73 81 152 93 228 48 15001 89 340 400 38 796 813 43 45 97
945 01043 91 175 98 257 301 500 13001 634 715 865 60015 15001 169
270 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 45022 46 117 482 538 99 848 958 40001 7 109 260
82 91 13001 604 523 51 616 861 61 941 47196 207 51 99 866 95 511
26 87 711 13001 902 54 48051 151 87 93 219 23 15001 421 530 616
732 945 49067 203 309 16 92 409 73 701 37 13001 809 74 77
50107 380 511 97 51176 15001 387 630 51 67 869 52041 178 515
15001 19 629 39 44 15001 771 75 806 92 90 53118 407 1 571 70 54045
125 275 842 421 516 74 644 761 87 827 929 42 60666 72 348 58 531
80 69 701 917 50031 34 303 415 503 679 788 991 87137 209 321 40
432 657 734 934 58113 42 68 381 507 817 32 60137 115001 258 301
464 90 873 91 928
00012 73 81 152 93 228 48 15001 89 340 400 38 796 813 43 45 97
945 01043 91 175 98 257 301 500 13001 634 715 865 60015 15001 169
270 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 45022 46 117 482 538 99 848 958 40001 7 109 260
82 91 13001 604 523 51 616 861 61 941 47196 207 51 99 866 95 511
26 87 711 13001 902 54 48051 151 87 93 219 23 15001 421 530 616
732 945 49067 203 309 16 92 409 73 701 37 13001 809 74 77
50107 380 511 97 51176 15001 387 630 51 67 869 52041 178 515
15001 19 629 39 44 15001 771 75 806 92 90 53118 407 1 571 70 54045
125 275 842 421 516 74 644 761 87 827 929 42 60666 72 348 58 531
80 69 701 917 50031 34 303 415 503 679 788 991 87137 209 321 40
432 657 734 934 58113 42 68 381 507 817 32 60137 115001 258 301
464 90 873 91 928
00012 73 81 152 93 228 48 15001 89 340 400 38 796 813 43 45 97
945 01043 91 175 98 257 301 500 13001 634 715 865 60015 15001 169
270 431 24 40 567 86 804 92 956 43033 154 719 856 44026 2 6
511 89 619 329 4502

